

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271.

Sonnabend, den 18. November 1911.

18. Jahrg.

## Resultate der Bürgerschaftswahlen.

### 1. Jacobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud.

#### I. Wählerklasse.

##### Sozialdemokratische Liste.

Ernst Diez, Schlosser	80	Stimmen.
Albert Henze, Geschäftsführer	30	"
Friedrich Recke, Gastwirt	30	"
Bernhard Lohow, Obermüller	30	"
Gustav Meyer, Zigarrenfabrikant	30	"
Fritz Roth, Hafenarbeiter	30	"
Johannes Neppenhagen, Kassierer	30	"
1900: 27—29 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Wilhelm Bruns, Schneider	942	Stimmen.
(1909: 907 Stimmen.)		

### 2. Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz.

#### I. Wählerklasse.

##### Sozialdemokratische Liste.

Ernst Diez, Schlosser	72	Stimmen.
Albert Henze, Geschäftsführer	78	"
Friedrich Recke, Gastwirt	77	"
Bernhard Lohow, Obermüller	72	"
Gustav Meyer, Zigarrenfabrikant	72	"
Fritz Roth, Hafenarbeiter	71	"
Johannes Neppenhagen, Kassierer	77	"
Anton Weitenborff, Tabakspinner	72	"
Severin Zimmermann, Buchbinder	72	"
(1909: 60—67 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Gustav Ehlers, Restaurateur	1344	Stimmen.
(1909: 1270 Stimmen.)		

### 3. Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz.

#### I. Wählerklasse.

##### Sozialdemokratische Liste.

Diez, Ernst, Schlosser	60	Stimmen
Henze, Albert, Geschäftsführer	59	"
Recke, Friedrich, Gastwirt	62	"
Lohow, Bernhard, Obermüller	59	"
Meyer, Gustav, Zigarrenfabrikant	61	"
Roth, Fritz, Hafenarbeiter	57	"
Neppenhagen, Johannes, Kassierer	60	"
Weitenborff, Anton, Tabakspinner	60	"
Zimmermann, Severin, Buchbinder	58	"
1909: 59—61 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Pape, Peter, Geschäftsführer	940	Stimmen
(1909: 885 Stimmen.)		

### 4. Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen.

#### I. Wählerklasse.

##### Sozialdemokratische Liste.

Diez, Ernst, Schlosser	40	Stimmen
Henze, Albert, Geschäftsführer	42	"
Recke, Friedrich, Gastwirt	40	"
Lohow, Bernhard, Obermüller	40	"
Meyer, Gustav, Zigarrenfabrikant	41	"
Roth, Fritz, Hafenarbeiter	41	"
Neppenhagen, Johannes, Kassierer	42	"
(1909: 40—44 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Schwartz, Theodor, Geschäftsführer	746	Stimmen
(1909: 705 Stimmen.)		

#### I. Wählerklasse.

##### Bürgerliche Liste.

Vertling, J., Konsul, Kaufmann	385	Stimmen
Eichenburg, Th., Dr. med.	398	"
Röster, W., Gerichtsfunktionär	422	"
Kröger, C., Kapitän	395	"
+ Schönwald, C., Schlossermeister	302	"
Siewers, Heinrich, Kaufmann	379	"
Wandke, S., Maurermeister	436	"
* Fehling, C., Rechtsanwalt	173	"
(1909: 328—367 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Moll, J., Gerichtsdiener	266	Stimmen
(1909: 235 Stimmen.)		

#### I. Wählerklasse.

##### Bürgerliche Liste.

Dimpfer, K., Konsul, Kaufmann	443	Stimmen
Förster, J., Schornsteinfegermeister	450	"
Jenne, M., Kaufmann	444	"
+ Roose, O. G. B., Rückenmacher	240	"
+ Hartwig, Dr., Direktor	250	"
+ Meyborg, S., Zollassistent	255	"
Meyer, Jwan, Kaufmann	462	"
Schwabach, J., Kaufmann	442	"
Stallbaum, S., Schlossermeister	462	"
* Paulig, Ph., Kunstgärtner	222	"
* Reuter, Dr., Prof., Direktor	230	"
* Schorer, Th., Gerichtschreiber	220	"
(1909: 306—377 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Stegemann, S., Werkmeister	248	Stimmen
(1909: 236 Stimmen.)		

#### I. Wählerklasse.

##### Bürgerliche Liste.

Albers, Otto, Kaufmann	497	Stimmen
+ Bachmann, Otto, Redakteur	310	"
Brocken von, Dr. jur., Rechtsanwalt	502	"
Görh, S., Dr. jur., Rechtsanwalt	509	"
+ Heinsch juun., S., Malermeister	301	"
+ Lange, Hans, Lehrer	276	"
+ Mangels, Friedr. Wihl., Kaufmann	328	"
Mühlham, Siegf., Chemiker	508	"
Pape, Aug., Fabrikant	511	"
* Glasau, Gg., Zimmermeister	201	"
* Ringins, Rud., Telegraphenmechaniker	214	"
* Stender, W., Maurermeister	201	"
* Waltröth, Dr., Handelskammer Syndikus	212	"
(1909: 439—460 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Schmidt, Privatbeamter	265	Stimmen
(1909: 265 Stimmen.)		

#### I. Wählerklasse.

##### Bürgerliche Liste.

Buchwald, M., Goldschmied	399	Stimmen
Coleman, Charles, Buchdruckerbesitzer	398	"
Dahn, Julius, Kaufmann	904	"
Klein, Julius, Postsekretär	901	"
Piper, Dr. jur., Landrichter	864	"
+ Scheitherr, Ferd., Malermeister	461	"
Schack von, Delle, Kaufmann	878	"
* Grube, Dr., Professor	462	"
(1908: 669—808 Stimmen.)		

#### II. Wählerklasse.

Gaus, Otto, Gerichtsdiener	284	Stimmen
(1909: 399 Stimmen.)		

Die mit einem \* versehenen Namen sind die der besonderen Kandidaten des Neuen Bürgerschaftswahlvereins. Das + bedeutet, daß diese Namen nicht auf der Liste des Neuen Bürgerschaftswahlvereins enthalten sind.

Gewählt sind demnach in der zweiten Klasse die Kandidaten der Sozialdemokratie. In der ersten Klasse wurden durchweg die Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins gewählt. Nur im Johannisquartier unterlag Malermeister Scheitherr dem vom Neuen Bürgerschaftswahlverein angestellten Professor Grube, der eine Stimme mehr als sein Gegner erhielt. Unterlegen sind demnach folgende Kandidaten des Neuen Bürgerschaftswahlvereins: Fehling, Paulig, Prof. Dr. Reuter, Schorer, Glasau, Stender, Ringins und Dr. Waltröth.

## Die Bürgerschaftswahlen.

Unter sehr starker Beteiligung seitens der Wähler wurden gestern in den vier städtischen und vorstädtischen Quartieren die Wahlen zur Bürgerschaft vollzogen. Das Resultat war voraussichtlich, wenigstens soweit es die zweite Klasse betrifft. In den Kreisen unserer Bevölkerung, die in harter Arbeit ihr kärgliches Brot verdienen müssen, hat das Bürgertum keinen nennenswerten Anhang. Das ist auch nicht anders denkbar, denn noch stets haben sich die bürgerlichen Eliten und die bürgerlichen Parteien als geschworene Feinde der aufwärts strebenden Arbeiterschaft erwiesen.

Bemerkenswert ist nun, daß die Stimmenzahl der bürgerlichen Parteien in der zweiten Klasse abermals zurückgegangen ist, nachdem sie bereits vor zwei Jahren einen erheblichen Rückgang erfahren hatte. Dagegen haben sich die Stimmen der sozialdemokratischen Kandidaten wieder erheblich vermehrt. Die Zahl der Wahlberechtigten hat in der zweiten und vierten Klasse nur insgesamt um 331 zugenommen, davon allein zirka 80 in Travemünde. Der Zuwachs der Sozialdemokratie in den vier städtischen Quartieren beträgt in der zweiten Klasse 205 Stimmen, sodaß fast die ganze Vermehrung der zweitklassigen Bürger unserer Partei zugute gekommen ist. Dagegen hat das Bürgertum in zwei Quartieren 134 Stimmen verloren; in einem Quartier hat es seinen bisherigen Stand behauptet und in einem seine Stimmenzahl um 12 erhöht. Mit diesem Resultat können wir zufrieden sein. Es beweist uns, daß der Anhang der bürgerlichen Parteien im Kern unserer Einwohnerschaft, in der werktätigen Bevölkerung, ständig schwindet.

Die Wahlen in der ersten Klasse vollzogen sich diesmal unter einer so starken Beteiligung, wie man sie hier in Lübeck noch nie erlebt hat. Die Spießer waren nämlich wild geworden und taten das menschenmögliche in der gegenseitigen Bespöddung. Es ist ja nichts Neues, daß in Lübeck Eliten und Sippen seit menschengedenken die Herrschaft an sich gerissen haben und bemüht sind, sich ihre Herrschaft und Macht zu erhalten. Man tat aber so, als ob das gesamte Bürgertum es sei, welches die Leitung unserer Staatsgeschäfte in Händen hätte. Vor wenigen Wochen entzweiten sich nun Eliten, die bisher die erstklassigen Bürgerschaftsmandate unter sich verschachtelt hatten, und dabei erfuhr das Volk die Wahrheit. Bürgerliche Blätter konstatierten, daß es eitle Streber seien, welche in die Bürgerschaft hineinzugelangen bemüht waren, um dort ihre persönlichen Interessen zu vertreten. Die Leute, die das schreiben, werden ihre Pappenhäuser sicherlich kennen, und wir haben gegen deren Charakterisierung natürlich nichts einzumenden. Der Streik im bürgerlichen Lager hatte selbstverständlich eine stärkere Wahlbeteiligung zur Folge, da jede der Eliten ihre Erkorenen durchbringen wollte. Der Wahlausfall hat denn auch gezeigt, daß gegenwärtig der Vaterstädtische Verein, in dem die höheren und mittleren Beamten dominieren, die größere Anhängerschaft hinter sich hat. Seine Kandidaten wurden bis auf einen gewählt, der um eine Stimme hinter seinem feindlichen Bruder zurückblieb. Immerhin hat der Neue Bürgerschaftswahlverein recht stattliche Ziffern aufzuweisen, zumal wenn man bedenkt, daß er seine Wählerarbeit erst wenige Zeit verrichtet hat. Der Arbeiterschaft kann es natürlich völlig gleichgültig sein, welche der bürgerlichen Gruppen als Sieger durchs Ziel ging. Sie hat vom Vaterstädtischen Verein genau so wenig Gutes zu erwarten, wie vom Neuen Bürgerschaftswahlverein. Trotzdem ist es interessant zu sehen, wie das Bürgertum einen seiner besten und skrupellosesten Anwälte behandelt, nämlich den Rechtsanwalt Emanuel Fehling. Der Mann ist beim Vaterstädtischen Verein in Ungnade gefallen, weil dessen Kandidatenaufstellung nicht nach seinem Willen ausgefallen war und er öffentlich dagegen auftrat. Das konnte ihm nicht verziehen werden, und deshalb ließ man ihn gestern endgültig von der Bildfläche verschwinden, obwohl sich hochmögende Herrschaften hinter ihn gestellt hatten. Mit Fehling fielen Glasau, Stender, Schorer u. a. Darüber vergießt heute der „General-Anzeiger“ heuchlerische Tränen, nachdem das Blatt tags vorher noch für ihre Beteiligung eingetreten war. Geschäft ist eben Geschäft.

Unsere Kandidaten konnten in der ersten Klasse unter den gegebenen Verhältnissen nur als Zählkandidaten in Betracht kommen. Immerhin ist gegen die vorige Wahl eine kleine Stimmenvermehrung zu verzeichnen.

Mancherlei Unzuträglichkeiten haben sich bei der gestrigen Wahl infolgedessen herausgestellt, als die Anzahl der



Wahllokale bei weitem nicht genügt. In den Vorstädten, namentlich in St. Lorenz-Nord standen die Wähler in den Mittagsstunden in drangvoll fürchterlicher Enge. Manche von ihnen mußten infolge Mangels an Zeit unrichtiger Sache das Lokal wieder verlassen. Hinzu kommt noch die weite Entfernung der Wahllokale, die manchen Bürger an der Ausübung seines Wahlrechts hindert. Es wird notwendig sein zu fordern, daß bei der nächsten Wahl für eine ausreichende und zweckmäßige Wahlgelegenheit Sorge getragen wird.

Ziehen wir das Fazit des gestrigen Wahltages, so muß gesagt werden, daß wir Ursache haben, damit zufrieden zu sein. Es gilt aber nicht zu rasten, sondern emsig tätig zu sein, damit der zwölftste Januar ein Resultat zeitigen kann, das uns mit großer Freude und berechtigtem Stolz erfüllt.

## Die Reichstagswahl.

### Das Zentrum für Dr. Koesicke.

Der Beschluß der Liberalen, im sechsten pfälzischen Wahlkreise Kaiserlautern-Kirchheimbolanden unter Verzichtleistung auf einen eigenen Kandidaten schon bei der Hauptwahl für den fortschrittlichen Kandidaten, Landtagsabgeordneten Professor Hummel-Karlsruhe, einzutreten, hat bei dem Zentrum den Gedanken reifen lassen, ebenfalls auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und die gefügigen Zentrumschäflein gleich bei der Hauptwahl dem Bundeshauptling Koesicke zuzuführen. Eine für das ganze Alsenzial arrangierte Versammlung sagte demgemäß Beschluß. Durch dieses schwarzblaue Bündnis ist die Möglichkeit gegeben, daß Koesicke doch noch in Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten kommt, andernfalls wäre der Bundesführer bereits im ersten Wahlgange glatt durchgefallen. Auch für die übrigen fünf pfälzischen Wahlkreise sind Bestrebungen im Gange, den schwarzblauen Block für die Pfalz perfekt zu machen, auf keinen Fall werden die Bündler für die liberalen Kandidaten eintreten. Die ehemals so dicke Freundschaft zwischen beiden Parteien ist vollständig in die Brüche gegangen. Unter diesen Umständen ist auch so gut wie ausgeschlossen, daß die pfälzischen Bündler mit den Liberalen bei dem bevorstehenden Landtagswahlkampf gemeinsam gegen das Zentrum vorgehen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Der dritte Tag des Kampfes um die Schiffsabgaben brachte zunächst eine sehr ausgedehnte Debatte über den Artikel II, der prinzipiell die Einsetzung von Strombeiträgen vorsieht und die Gebiete bezeichnet, für die sie errichtet werden sollen. Von unserer, von freisinniger und zum Teil auch von nationalliberaler Seite wurde eifrig dafür gekämpft, Oberheim, Obermain, Saale, namentlich aber Mosel und Saar einzubeziehen. In diesem Sinne sprachen die Genossen Boehle-Strasbourg und Frank-Mannheim. Entgegen dem Abgeordneten Rau mann, der mit Heilbronner Lokalgründen seine Zustimmung zu den Schiffsabgaben begründete, erklärte Genosse Hildebrand-Stuttgart, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Württemberg ihre Haltung gegenüber einer allgemeinen Frage nicht von partikularen Vorteilen abhängig machen. Eine zwar nicht hervorragende, aber auch nicht üble Jungferrede hielt der neugewählte linksnationalliberale Vertreter von Konstanz, Schmidt. Das Zentrum wollte bei der Gelegenheit eine Wahldebatte entlassen, brachte sich aber, als es sich über gegnerische Eingeblicker fälschlich entäuerte, nur in die komische Lage des mit Steinen werfenden Mannes im Glashause oder des über die Sündhaftigkeit der Welt jammernden Beelzebub. Die Abstimmungen über den Artikel 2, von denen eine namentlich vorgenommen wurde, ergaben die Ablehnung aller Erweiterungsanträge der Linken. Abgelehnt wurde namentlich auch die Mosel- und Saarkanalisierung. So wurden, wie der freisinnige Abgeordnete Deiser nochmals im Laufe dieser Sitzung mit Nachdruck hervorgehoben hatte, die wirtschaftlichen Lebensinteressen eines aufstrebenden Gebiets, deren Förderung gerade von dem Staat so betonten „nationalen“ Standpunkt aus geboten wäre, dem Machtgebote der Allgewaltigen d. h. der Ruhr geopfert. Die Anträge auf Regulatorien der Saale waren schon vorher von ihrem wirtschaftlichen und internationalen Urheber zurückgezogen worden. Harmonisch ein in das Gepräge des ganzen Tages lagte sich die Ablehnung des vom Genossen Schiele freisinnig begründeten Antrages, auch der Arbeitersektors Sitze in den Strombeiträgen zuzubilligen.

Zu Ende mit der Beratung ist man nicht gekommen und so wird man sie am Sonnabend fortsetzen.

#### Aus der Budgetkommission.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung stellte Abg. Sackmann folgende drei Fragen: 1. Hat Deutschland bei eventuellen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Spanien über bestimmte Teile Marokkos kraft der Agencerasakte mitzureden, falls deutsche Interessen dabei berührt werden sollten? 2. Will sich die Regierung zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Caillaux äußern, aus der die Gefahr der Bildung einer schwarzen französischen Armee zu ersehen ist? 3. Könnte nicht die Kriegsverwaltung sich über diese Angelegenheit gutachtlich äußern?

Abg. Ledebour stellte folgende Frage: Wird der Reichskanzler zur heutigen Sitzung erwartet? Wenn nicht, so ersucht er, ihn sofort telephonisch herbeizurufen, da der Reichskanzler die Ansicht vertritt, daß die Chefs der nachgeordneten Reichsämter nur die Politik des Reichskanzlers zu vertreten haben. Infolgedessen müßte doch der Kanzler bei dieser wichtigen Sitzung selbst zur Stelle sein.

Veränderer von Camp erklärte, der Reichskanzler habe auch von der heutigen Sitzung Kenntnis erhalten, aber, wie gewöhnlich, einem zuständigen Ressortchef die

Vertretung überlassen. Herr von Riederlen-Waechter werde sicherlich auch die Verantwortung übernehmen.

Abg. Ledebour stellte hierauf den Antrag, die Kommission wolle beschließen, daß der Reichskanzler sofort ersucht wird, in der Sitzung zu erscheinen. Dieser Antrag wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Kommission beschloß, daß die Reden des Herrn von Riederlen-Waechter über den Gang der Marokkoverhandlungen streng vertraulich behandelt werden sollen. Gleichzeitig wurde beschloffen, ein Protokoll anzufertigen, das nur teilweise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

#### Folgen der Reichsversicherungsordnung.

Die neue Reichsversicherungsordnung enthält bekanntlich die Bestimmung, daß, wenn im Vorstand einer Krankenkasse über die Anstellung oder die Wahl eines Beamten Einigung nicht erzielt wird, die Kassenbehörde eine Entscheidung treffen kann. Der erste Konflikt dieser Art ist jetzt in Hildburghausen (Sachsen-Meiningen) ausgebrochen. Dort sollte in der Ortskrankenkasse ein zweiter Beamter (Kontrollleur) gewählt werden und die Arbeitervertreter schlugen als solchen einen mit den Verhältnissen vertrauten und fähigen Hildburghäuser Arbeiter zu diesem Posten vor. Die Arbeitgeber verweigerten aber zweimal ihre Zustimmung mit der Motivierung, daß das betreffende Amt nur ein „Berufsbeamten“ verwalten könne. Die Verwaltungsbehörden haben nun entschieden, daß die Stelle auszuschreiben ist. Von den Behörden ausgesuchten Beamten werden sich die Versicherten dann gefallen lassen müssen.

#### Ausbau der Eisenbahnen in Ostafrika.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über Eisenbahnbauten im ostafrikanischen Schutzbereich zugegangen. Es handelt sich um Ergänzungsbauarbeiten auf der Stammstrecke Tanga-Tombo, um Fortführung der Eisenbahn Dar-es-Salam-Morogoro bis Tabora sowie bis an den Tanganjika-See.

#### Ein Trost für Bethuanu-Hollweg.

Deutsche Kaufleute in Antwerpen haben den deutschen Reichskanzler antelegraphiert und ihm mitgeteilt, daß sie im Marokko- und Kongo-Abkommen eine befriedigende Lösung der schwebenden Fragen sehen und daß sie den erreichten territorialen Zuwachs und die Sicherung eines selbständigen Zuganges zum Kongobecken als eine wertvolle Errungenschaft freudig begrüßen. Die Verständigung mit Frankreich gereiche Deutschland im Auslande nur zur Ehre.

#### Altkentische unter sich.

In den „Grenzboten“ macht der Herausgeber Cleinow einige interessante Mitteilungen über die zu einer gewissen Berühmtheit gelangte alldeutsche Presse-Konferenz. Nach dieser Darstellung war der Macher der ganzen Aktion der Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, Rippler. In der Einladung zu der Besprechung hatte er betont, daß sich die Konferenz des Interesses des Auswärtigen Amtes erfreue und daß wahrscheinlich einer der Herren Mannesmann teilnehmen werde. Als die Konferenz begann, teilte Herr Rippler mit, daß sich das Auswärtige Amt wieder zurückgezogen habe und daß auch Herr Mannesmann es nicht für taktvoll angesehen habe, zu erscheinen. Daß aber der Berliner Vertreter der Gebr. Mannesmann, ein Herr Reibnitz, erschienen war, davon jagte Herr Rippler den Erscheinenden nichts. Dafür stellte er der Versammlung den bekannten Reichsverbändler General z. D. von Brochem als hervorragenden Kenner Marokkos vor und nach Angabe den „Grenzboten“ hat dieser Reichsverbändler dann seine höchst dürftigen Kenntnisse vorgelesen. Die Schlussworte des Redners gipfelten in dem Satz: keine Kompensationen außerhalb Marokkos.

Die „Tägliche Rundschau“ ist über diese Indiskretion außerordentlich empört. Sie betont den streng vertraulichen Charakter der Konferenz und weist in klar erkennbarer Absicht auf die Offizierseigenschaft des Herausgebers des „Grenzboten“ hin. Dieser Entrüstung schließt sich selbstverständlich auch die „Post“ an, die sich besonders darüber aufhält, daß ihr vorgeworfen würde, sie habe bei den Herren Mannesmann finanzielle Anlehnung gesucht. Die „Post“ erklärt, daß sie, solange sie im Besitz des jetzigen Verlages ist, bei den Gebr. Mannesmann weder finanzielle Unterstützung gesucht noch von ihnen erhalten habe.

Es ist hierbei großer Wert zu legen auf die einschränkende Bemerkung der „Post“: „solange sie im Besitz des jetzigen Verlages ist“. Die „Post“ hat in den letzten Jahren ihre Besitzer häufig gewechselt, ein Konsortium schloß sie dem anderen zu und aus der einschränkenden Bemerkung darf ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß die „Post“ finanzielle Unterstützung von interessierter Seite bekommen hat, als sie noch nicht im Besitz des jetzigen Verlages war. Es dürfte aber höchstwahrscheinlich sein, daß der jetzige Verlag beim Erwerb dieses Unternehmens die eingegangenen Verpflichtungen mit übernehmen mußte. „Post“ und „Tägliche Rundschau“ heben nun hervor, daß der Prozeß, der sie gegen den Herausgeber der „Grenzboten“ angestrengt haben, die nötige Aufklärung schaffen werde. Auf den Prozeß darf man, wenn er überhaupt zum Austrag kommen sollte, mit Recht sehr gespannt sein, denn es steht ganz so aus, als ob ein ganz nettes Preß-Panama dabei aufgedeckt werden sollte.

#### „Erfolge“ der preussischen Polenpolitik.

Wiederholt ist von Haktisten darauf hingewiesen worden, wie sich die aus Polen und Westpreußen mit schwerem Geide ausgekauften Polen immer mehr in Ostpreußen ansiedeln und nun hier das „Deutschtum gefährden“. Wie weit das Vordringen des Polentums in Ostpreußen schon gediehen ist, geht aus einer Denkschrift hervor, die das königliche Konsortium in Königsberg herausgegeben, und die dieser Tage auf der Ostpreussischen Provinzialsynode erörtert worden ist. Nach den Feststellungen des Konsortiums betrug der Grundbesitz in den Händen von Nationalpolen in Ostpreußen um die Wende des Jahrhunderts 1400 Hektar. Beteiligt waren daran

die Kreise Allenstein, Enk, Weidenburg, Osterode und Nessel. Heute ist von den Kreisen des Regierungsbezirks Allenstein kein einziger mehr immun, und nationalpolitisch Besitzer sind außerdem noch in die Kreise Angerburg, Soldap, Insterburg und Olesko des Gumbinnen- sowie Fr. Eylau, Friedland, Gerdau und Fr. Holland des Königsberger Regierungsbezirks eingedrungen. Während der Kreis Osterode im Jahre 1901 erst einen polnischen Besitzer aufwies, betrug deren Zahl Ende 1907 auf 33 und Ende 1910 auf 57 mit einem Gesamtbesitz von 3867 Hektar. Und während im Kreise Weidenburg das Jahr 1902 erst zwei Nationalpolen als Besitzer aufwies, ist deren Zahl bis Ende 1910 auf 89 mit einem Gesamtbesitz von 5965 Hektar gestiegen. Rechnet man den gesamten am Ende des Jahres 1910 in polnischer Hand befindlichen Grundbesitz zusammen, so ergibt sich für Ostpreußen eine Summe von nicht weniger als 14635 Hektar, und das ist der Anfang der Güterkäufe durch die Polen, denn schon in der ersten Hälfte dieses Jahres haben sie weitere 4000 Hektar angekauft, und die Erwerbungen werden trotz der bedeutend gestiegenen Güterpreise in lebhaftem Tempo weitergeführt. Im Jahre 1910 ist in Ostpreußen eine polnische Bank gegründet und seit Januar 1911 hat die polnische Immobilienverkehrsbank in Stettin, Berlin eine Filiale in Allenstein.

#### Aus dem sächsischen Landtage.

In der Landtags Sitzung vom Donnerstag kam es zum ersten Male zu einer etwas schärferen Auseinandersetzung. Die bisherigen Sitzungen waren meist friedlich verlaufen, da sie sich mit unwichtigen Dingen befaßten. Auch die Tagesordnung vom Donnerstag gab eigentlich keinen Anlaß zu schärferen Debatten, aber die Konservativen benutzten die Gelegenheit der Regelung der Pensionen und Ruhestandsgelder der Beamten, um Wahlreden zu halten. Genosse Frähdorf vertrat den Standpunkt unserer Fraktion und wies insbesondere auf den Unterschied in der Versorgung der Arbeiter und der Beamten hin. Er sprach sich auch aus prinzipiellen Gründen gegen die Pensionen und Ruhestandsgelder der Geistlichen aus. Es erfolgte darauf seitens des Kultusministers und des Redner der Konservativen Angriffe wegen unserer Stellung zur Kirche. Genosse Kiem nahm dann zum Schluß Veranlassung, mit den Rednern der einzelnen Parteien abzurechnen und ihnen verschiedene sehr unangenehme Wahrheiten zu sagen. Vor allem wies er auf das Verhalten der Geistlichen bei der kürzlich stattgefundenen Synode hin, wo diese eine wenig ethische Auffassung ihres Berufes zu erkennen gaben. Der Versuch der rechten Seite, bei dieser Gelegenheit in Mittelstands- und Beamtenfreundlichkeit zu machen, darf als vollständig gescheitert angesehen werden.

Die konservative Fraktion brachte einen Antrag ein, der Unterjückung der Handwerkergenossenschaften durch die Regierung forderte, der aber auch weiter nichts als eine Wahlrede ist.

#### Anti-Heydebrand.

Als Gegenbesuch für Heydebrands Ritt nach dem Westen bezeichnete der Führer der nationalliberalen Dreiklassenmänner, Dr. Friedberg, sein Austrreten in einer nationalliberalen „Wähler“versammlung in Breslau. Mit Recht pries Herr Friedberg den Heroismus eines Zeitgenossen, nationalliberaler Kandidat zu sein. Der Malador der Partei der Industriekönige bemühte sich, diesen Heroismus dadurch minder gefährlich zu machen, daß er bei aller Vermöbelung der Sozialdemokratie ein Ausnahmegesetz doch ablehnte — vor den Wahlen. Dann aber zog er gegen Heydebrand zu Felde, dem er das schlimmste vorwarf, was es in nationalliberalen Bürgeraugen geben kann: daß der Klein-Tschunkawer den Block, den heißgeliebten Bülow-Block, zerstört habe. Ja, sogar zum „Löter des Blocks“ ließ Friedberg den kleinen Angehörten avancieren, und ein Schauer ergriff die Versammlung, die förmlich den Block unterm Todesstreich wimmern hörte. Und noch mehr: Sogar dem Hohn und Spott hat der Heydebrand den Bülow ausgesetzt, diesen neuen Siegfried, den hehrsten Helden der Welt. Der Sprecher der nationalliberalen Vorkämpfer des Pluralwahlrechts machte den Schwarzblauen auch noch heftige Vorwürfe wegen ihrer Haltung in der Wahlrechtsfrage. Da sind die Wortführer der Kraut- und Schlotzunker allerdings ebenbürtige Gegner! Nur gegen die Verpflanzung von Staat und Kirche wendet sich Herr Friedberg mit aufrichtiger Schärfe. Und dann erklärte er noch, daß die Nationalliberalen jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unbedingt ablehnen.

#### Geistliche Landtagswahlen.

Bei der gestrigen Stichwahl in Gießen siegte Urstadt (S.P.) über den Nationalliberalen, in Bisselberg Sozialdemokrat Busolt über den Nationalliberalen, in Darmstadt Heinrich (S.P.) über den Sozialdemokraten.

Insgesamt wurden bei den Stichwahlen vier Bauernbündler, drei Fortschrittler, drei Nationalliberale und zwei Sozialdemokraten gewählt.

## Der Raubkrieg.

Der italienische linke Flügel hat den kürzlich gewonnenen Kilometer türkischen Terrains am Sonntag wieder verloren, weil in seinem Vorrücken eine Lücke von mindestens 300 Metern offen blieb. Die Araber benutzten dies mit Erfolg und drangen hinter die Front der Italiener, sich in Zisternen und hinter Bäumen und Gartenmauern einnistend. Von dort aus beschossen sie die italienischen Deckungen. Der Abgeordnete von Fezzan, Buschad Bey, organisierte einen Traindienst. Am Montag und Dienstag herrschte Ruhe, da die Parteien übermüdet waren. Auch strömender Regen hinderte die Operationen. Die Cholera hat nach dem Wettersturz nachgelassen.

Das schlechte Wetter dauert am Lande wie auf dem Meere an, so daß die Kriegs- und Handelschiffe die Reede verlassen und die hohe See aufsuchen mußten. Auf der Ostfront kam es zu einem kleinen Zusammenstoß, bei dem einige Schiffe gewechselt wurden. Die italienische Artillerie brachte eine Kamelkaramant



die in der Wüste von Osten nach Westen zog, durch ihr Feuer in Unordnung. Die Patrouillen, die andauernd die Dase durchstreifen, entdeckten an verschiedenen Stellen etwa 10 000 Patronen. Zahlreiche andere Patronen explodierten bei der Verbrennung eines großen Haufens Urat. Die Arbeiten dauern fort, besonders zur Unterbringung der Truppen. Wie Rundschaffler melden, haben sich bei Zan zur ungefähr zweitausend Araber und hundert Türken mit zwei Kanonen angesammelt. Der Gesundheitszustand der feindlichen Streitkräfte soll schlecht sein; die Araber sollen immer mehr des Krieges müde sein. Deshalb hat das türkische Oberkommando eine Rundgebung erlassen, in der alle, die die Türken verlassen, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen, mit Strafe bedroht werden.

Die drei Tage andauernden Regengüsse ließen den See und die Meeresküste anschwellen. Der See, einen großen See bildend, schwemmte italienische Schanzgräben weg. Die Wasserflächen strömten durch die Stadt zum Meer. Die Truppen waren genötigt zurückzugehen und die Postenlinie hinter Sumeliana aufzustellen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 13. November.

**Achtung, Bauarbeiter!** Über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Kabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

Zur Entgegennahme des Bürgerchaftswahlergebnisses war gestern Abend eine große Volksversammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen worden, die von Tausenden besucht war. Genosse Löwig als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins gab die einzelnen Ergebnisse bekannt und betonte, daß wir damit zufrieden sein können, daß es aber notwendig sei, für die kommende Reichstagswahl unermüdet zu wirken, damit der 12. Januar sich zu einem Tag der Freude und der Genugtuung für alle freiheitlichen Einwohner Lübecks gestalte. Es gelte den Sieg der Sozialdemokratie zu einem glänzenden zu gestalten. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Redner seine Ausführungen. Nach einer weiteren Ansprache des Genossen Bromme wurde die Versammlung geschlossen.

Die große Mehrheit der Lübecker Bürger wählt sozialdemokratisch. Diese Tatsache ist auch durch die gestrige Bürgerchaftswahl wieder bestätigt worden. In beiden Wählerklassen wurden für die Sozialdemokratie insgesamt 4190 für die bürgerlichen Kandidaten dagegen nur 3374 Stimmen abgegeben. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Bürger beträgt demnach 816 Stimmen. Wenn man nach Quartieren rechnet, so gestaltet sich das Verhältnis so, daß nur im Johannisquartier die Bürgerlichen die Majorität, dagegen in den drei anderen Quartieren die Sozialdemokraten die große Mehrheit besitzen.

Beitrag von den Bürgerchaftswahlen auf dem Landgebiet. Es ist interessant zu verfolgen, wie die Leser mancher auswärtiger bürgerlicher Blätter über Lübecker Ereignisse „unterrichtet“ werden. Alles wird entweder sensationell geschildert oder man schwandelt direkt darauf los. So berichtet man der „Frankf. Ztg.“ unter dem 15. November von hier:

„Aus Lübeck, 15. Novbr. Gestern fanden die Wahlen zur Bürgerchaft für das Landgebiet des Lübschen Staatswesens statt. Sie endeten mit einem Siege des liberalen Programms. Bezeichnend ist es, daß sowohl der Führer des Bundes der Landwirte für das Lübsche Staatsgebiet, der Vorsitzende der Lübecker Landwirtschaftskammer Lauenstein, ein langjähriges Mitglied des Bundes nicht wieder gewählt wurde, als auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schwarz-Lübeck in Travemünde nicht einmal in der zweiten Klasse durchdringen konnte. Es wurden gewählt: zwei Bündler und fünf Kandidaten der liberalen Parteien.“

Nun ist merkwürdigerweise von dem liberalen Programm bei den Wahlen auf dem Landgebiet in Lübeck absolut nichts zu spüren gewesen. Wo sind denn und wer sind denn die fünf Kandidaten der liberalen Parteien.

Scheinlich wußte der Herr k. auch nicht, daß unser Genosse Schwarz bei der Wahl 1905 nur 9 Stimmen erhalten und jetzt diese Zahl mehr als vervielfacht hatte. Liberaler Schwundel in Reinkultur ist es, was die „Frankf. Ztg.“ verzapft.

Die Kartellversammlung, die am Freitag, dem 17. November, im Gewerkschaftshaus tagte, nahm zunächst die Abrechnungen der Kartellklasse und des Arbeitersekretariats vom dritten Quartal entgegen. Dieselben wurden nach einigen Anfragen genehmigt. Die Verichterstattung der Gewerkschaftsgerichtsbefugnisse hatte der Genosse Körner übernommen; von einigen der übrigen anwesenden Beisitzer wurde sie ergänzt. Zu der am 28. November stattfindenden Neuwahl der Gewerkschaftsbefugnisse wurden 12 Beisitzer und sechs Ersatzmänner aufgestellt. Für die kämpfenden Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen wurden 300 Mark aus der Kartellklasse auf Vorschlag der Kartellkommission bewilligt und wird weiter den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, für die kämpfenden Tabakarbeiter Mittel aufzubringen; wie, bleibt denselben überlassen. Die Wahl einer gemeinsamen Kommission zur Förderung der Konsumvereinsbewegung wurde nur teilweise erledigt und soll in der nächsten Kartellversammlung fortgesetzt werden. Ein Schreiben vom Zentralvorstand der Hausangestellten wünscht, daß die Agitation unter denselben mehr wie bisher vom Gewerkschaftskartell unterstützt wird. Die Lagerhalter zeigen dem Kartell an, daß sie in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Die übrigen Eingänge waren nicht von öffentlichem Interesse.

„Glaube und Heimat“, Schönherr's packendes Drama, geht morgen nachmittag 3 Uhr präzise als Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein im Neuen Stadttheater in Szene. Es wird darum ersucht, möglichst frühzeitig zu erscheinen, um jede Störung zu vermeiden. „Glaube und Heimat“ ist ein ernstes Werk; das werden die Zuschauer beachten. Unangebrachtes Lachen stört nur den Eindruck und die Stimmung.

pb. Festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter, der in einer hiesigen Herberge einen Diebstahl an Kleidungsstücken begangen hat.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag geht die reizende Komödie „Der Gardeoffizier“ von Franz Molnar, welche im Neuen Stadttheater einen großen Erfolg zu verzeichnen hatte, in Szene.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag kommt der erfolgreiche Operetten-Schlager „Das Musikantenmädchen“ von Jarno zur Wiederholung. — Montag findet die Uraufführung der interessanten Novität „Gawan“ von Stücken statt.

Seeres. Parteiversammlung. Es wird darauf hingewiesen, daß am Sonntag, dem 19. d. Mts., abends 8 Uhr unsere Parteiversammlung stattfindet. Da eine wichtige Tagesordnung ist, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Hamburg. Zwei Opfer des Hafensbetriebes. An Bord des Dampfers „Abonoma“ stürzte am Donnerstag nachmittag der in der Fischerstraße 13, 1. Etage, wohnende Schaueremann Schenk in den Schiffsraum und war auf der Stelle tot. Die Leiche des im Beruf und Leben gekommenen Mannes wurde ins Hafenspital transportiert. — Am Donnerstag nachmittag stürzte der am Wirthsdamm 15/17 in einem Lagerstuppen beschäftigte Arbeiter G. Kueß, mohndhaft Heinrich Herzstraße 106, Haus 2, aus der Bodenluke, deren Sicherheit er entfernt hatte, in eine am Schuppen liegende Schute. K. erlitt bei dem Sturz einen Schädelbruch und wurde ins Hafenspital transportiert, wo er noch in der Nacht zum Freitag starb.

Mitau. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurde der Genosse Sievert neben zwei bürgerlichen Kandidaten gewählt. Unsere Stimmenzahl hat sich um mehr als 1000 vermehrt. Bravo!

Schwerin. Der mecklenburgische Verfassungsentwurf abgelehnt. Nach einer Meldung aus Sternberg lehnte am Freitag, den 17. November, die Landchaft den Verfassungsentwurf mit 27 gegen 15 Stimmen ab. Die Seefräde Rostock und Wismar lehnten gleichfalls die Verfassungsvorlage ab.

Bremen. Die Neugestaltung des öffentlichen Theaterwesens beschäftigte am Mittwoch die Bürgerchaft. Die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater berichtet, daß ihr das Livolitheater-Grundstück, an der Weide (beim Zentral-

bahnhof), zum Preise von 916 500 Mk. angeboten sei. Sie empfiehlt den Ankauf und macht folgenden Vorschlag: Es wird eine Theaterbetriebsgesellschaft in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, in welche der bremische Staat mit einem Kapitalanteil von einer Million Mark eintritt, auf diesen wird der Kaufpreis des Livolitheatergrundstückes angerechnet. Die Kapitalanteile der übrigen Gesellschaftler müssen mindestens eine halbe Million Mark betragen. Der Gesellschaft sollen sowohl das Stadttheater als auch das zu einem modernen Schauspielhaus umzubauende Livolitheater überwiesen werden, die den Leiter des Theaterbetriebes zu einem festen Gehalt anzustellen hat, ev. können auch Lantiemen gewährt werden. Die Debatte über diesen Gegenstand nahm den ganzen Abend in Anspruch. Die Direktoren des Neustädter Schauspielhauses hatten in einer Eingabe um Ablehnung der Deputationsvorschläge gebeten, da sie früher als die Deputation sich um den Ankauf des Livolitheaters bemüht hätten. Herr Senator Stadthändler verteidigte die Deputationsvorlage. Genosse Rhein, der als Mitglied der Theaterdeputation alle Hasen des hiesigen Theaterwesens mit durchgemacht hat, sprach sich für die pure Verstaatlichung des Theaters aus; in Anbetracht des Widerstandes gegen die Verstaatlichung würden er und seine Freunde jedoch vorläufig für den Ankauf des Livolitheaters durch den Staat stimmen. Da eine Kommissionsberatung beantragt sei, könnten dann die näheren Ausführungen später beraten werden. Auf jeden Fall würden bei einer staatlichen Regie die Künstler und Angestellten und auch die Besucher des Theaters besser fahren. Die Bürgerchaft müsse die Kontrolle bekommen. Schließlich wurde denn auch der Ankauf des Livolitheaters und die Kommissionsberatung beschlossen.

## Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern Abend Verdis „Trobador“ zur Aufführung. Als Aduena gastierte ein Fräulein Kattenbach vom Stadttheater in Krefeld auf Engagement. Die Dame verfügt über große Stimmkräfte, denen nur noch der letzte Schluß und die rechte Kultur zu fehlen scheint. In der Darstellung zeigte Fräulein Kattenbach mehr Temperament als die Partie der alten Zigeunerin verlangt. Als Maurico gastierte Herr Busch vom Klosterver Stadttheater, ein Sänger mit ansehnlichem Tenor, aber noch wenig entwickeltem Können. Das vorstehend Gesagte bezieht sich auf den letzten Akt, da wir dem übrigen Teil der Vorstellung nicht beiwohnen konnten.

P. L.

## Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 19. bis 26. November 1911.

Sonntag, 19. November: „Das Musikantenmädchen“, Operette von Georg Jarno. Montag, 20. November: „Gawan“, Mysterium von Ed. Stucken. Dienstag, 21. November: „Prinz Friedrich von Somburg“, Schauspiel von Heinr. v. Kleist. Mittwoch, 22. November: „Geschlossen“, romantische Oper von Boieldieu. Freitag, 24. November: „Das Musikantenmädchen“, Operette von Georg Jarno. Sonnabend, 25. November: „Hoffmanns Erzählungen“, Oper von Jacques Offenbach. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Der Bettelstudent“, Operette von C. Millöcker. Abends 7 1/2 Uhr: „Diosca“, Musikdrama von G. Puccini.

In Vorbereitung: Gastspiel der Kammer Sängerin Sigrid Arnoldson, „Mignon“, Oper von Thomas. „La Traviata“, Oper von Verdi.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 19. November, Abends 7 1/2 Uhr: „Der Gardeoffizier“, Komödie von Franz Molnar. Donnerstag, den 23. Dezember: „Der Gardeoffizier“. Sonntag, den 26. November: „Glaube und Heimat“, Schauspiel von R. Schönherr.

## Briefkasten.

Zwei Streitende. 1. Beim Erwerb der Lübschen Staatsangehörigkeit verliert man die mecklenburgische Staatsangehörigkeit nicht, es sei denn, daß man aus dem mecklenburgischen Staatsverband auf seinen Antrag hin entlassen ist. 2. Der Unterhaltungsanspruch wird in einem Jahre erworben, die Staatsangehörigkeit ist hierauf ohne Einfluß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Stöwig, für den gesamten Inhalt Johannes Bölling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Wegner u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# MAGGI'S Bouillon-Würfel der beste!

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.



Taschenuhren  
Freischwinger  
Weckuhren  
Uhrketten  
Gold- u. Silber-  
waren

empfehlen zu billigen Preisen  
**Th. Köhler, Uhrmacher**  
Untertrave 69  
Ecke Fischergrube.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-  
handl. u. Reparatur-  
werkstatt. Fünfhausen 13.

**Hasenfelle,**  
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
**J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.**



St. Lorenz erstes  
und ältestes  
**Motor- und  
Fahrradhaus.**

Neue und alte Fahrräder  
in großer Auswahl.  
Eigene Emailier- u. Vernickelungs-  
Anstalt. Größte Reparaturwerkst.

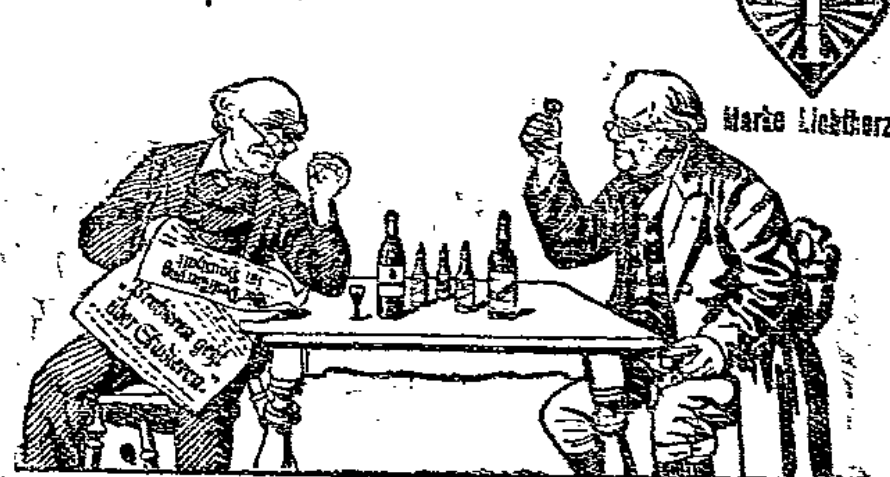
**H. Benthien**  
Fackenburger Allee 53.  
Fernruf 2058.

**Diademwaffschrot**

mähet rasch und billig, ergibt ge-  
sunde, fräftige Schweine.

**Diadem-Ferkelschrot**  
bester und billigster Milchersatz.  
In Lübeck und Umgegend allein  
hergestellt von  
**A. Brede Ww., Lübeck,**  
**Finkenberger Mühle,**  
Waldsinger Allee 116.  
Fernsprecher 1572.

Die Kennerprobe!



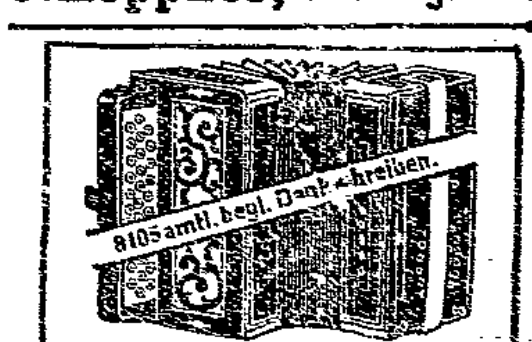
**Original-Reichel-Essenzen zur Selbstbereitung**  
Feinster Liköre, Brantweine, alkoholfreier Getränke.

**Größte Ersparnis! Leichteste Zubereitung!**

Original-Essenzen für ca. 2/3 Liter.  
Preis nach Größe 25, 50, 60, 75 Pfg. usw. Bei 6 Fl. ab 7<sup>00</sup> gratis.  
Reichel-Essenzen sind nur echt mit Marke Reichel.  
**Warnung!** Man verlange u. nehme in den Drogerien, Porzellan-  
etc. nur diese u. lasse sich nichts anderes dafür aufgeben.  
Wenn nicht möglich, so gebe man sich an die Gabel der Reichel, Berlin SO.

In Lübeck und Umgegend in den bekannten meist durch meine Schilder  
kenntlichen Drogerien, Apotheken etc. erhältlich.

**Alle Sorten  
Weine und Spirituosen**  
auch im Kleinverkauf u. Abverkauf  
empfehlen  
**J. Köppner, Beckstr. 66.**



**Meinel & Herold**  
Harmontia-fabrik  
Klingenthal (Sachsen) Nr. 51/A  
Denkbar beste und billigste direkte Bezugs-  
quelle für Zugharmonikas aller Art.  
1, 2, 3, 4 reihige, 2, 3, 4, 6, 8 schräge, sowie  
Wiener Harmonikas in über 200 Nummern.  
Mundharmonikas, Bandonions, Ombretten,  
Violin-, Gitarren-, Klavier-, Orgel-,  
Sitar-, Zither-, Mandolin-, Dreh-  
orgeln.  
Aufträge von 10,- an  
innerhalb Deutschlands  
portofrei.  
Garantie: Zurückgabe u. Geld retour.  
Reiner Haupt-Katalog an Jedermann frei.



Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, dass wir die

# Kurauer Bauernbrotfabrik

von Herrn Hofbesitzer **W. Bassow** käuflich erworben haben und bitten, das unserm Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf uns gütigst übertragen zu wollen. Durch die langjährigen Erfahrungen, die wir uns als Werkmeister in den bedeutendsten Brotfabriken gesammelt haben, sind wir durchaus befähigt, unserer werten Kundschaft das rühmlichst bekannte **Kurauer Original-Bauern-Brot** in nur erstklassiger Qualität liefern zu können.

Gleichzeitig empfehlen wir als besonders preiswerte Spezialität unsern äusserst schmackhaften **Pariser Vanille-Zwieback**.

**Fernsprecher 10.**

Hochachtungsvoll **J. A. E. Arnold & Co.**

## Niederlagen bei den Herren:

### Innere Stadt:

Niederlagen der Rostocker Meierei  
Huxstrasse 118, Breite Strasse 11  
Pfaffenstrasse 2.

C. Warnke, Königstrasse 64.  
H. Sachau, Hundestrasse 27.  
J. Zäuner Nachf., Pfaffenstr. 7.  
K. Wunderlich, Gr. Burgstr. 37.  
H. Wittfoth, Engelsgrube 50.  
B. Fisahn, Beckergrube 70.  
H. Gosch, Marlesgrube 63.  
W. Herzog, Dankwartsgrube 69.  
F. C. H. Schröder, Königstr. 43.  
H. Busch, Krähenstrasse 34.  
H. Lohse, Johannisstrasse 65.  
H. Benecke, Stavenstrasse 25.

### Holstentor:

J. Jabs, Adlerstrasse 4.  
Otto Bähnk, Friedenstrasse 76.  
Rostocker Meierei, Moisl. Allee 2.  
J. Kähler, Dornestrasse 5.  
W. Junge, Füchtingstrasse 31.  
L. Wichmann, Hansastrasse.  
Carl Trost Nachf., Fackenb. Allee 55c.  
G. Dietz, Wickedestrasse 44.  
F. Klüwer, Glandorpstrasse.  
H. Stass, Friedenstrasse 49.  
J. Wittfoth, Friedenstrasse 32.  
M. Küntzel, Geversdesstrasse 30.  
Th. Reinhardt, Gloxinstrasse 5.  
H. Heidtmann, Warendorpstr. 72.  
A. Eggerstedt, Schwart. Allee 199.

H. J. Uter, Schwartauer Allee 31.

### Mühlentor:

Aug. H. Lenschow, Klosterstr. 23.  
R. Bening, Kronsfordter Allee 6a.  
H. Eggers, Kronsfordter Allee.  
K. Pieper, Blücherstrasse.

### Hüxtertor:

H. Arff, Inh. Petersen, Travelmannstrasse.  
K. Daniels, Attendornstrasse 21.  
E. Duncker, Falkenwiese 10.

### Burgtor:

J. Elvers, Lange Reihe 2.  
R. Büsen, Arnimstrasse 1a.  
R. Hack, Kottwitzstrasse 39.

### Stockelsdorf:

J. Schlichting.  
**Fackenburg:**  
H. Groth.  
**Pohnsdorf:**  
H. Bock.  
**Daekendorf:**  
A. Beth.  
**Schwartau:**  
C. Lorenz Butterhaus.  
E. Stender, Rensefeld.  
G. Stender, Kaltenhof.  
**Seeretz:**  
H. Petersen.  
**Kurau:**  
O. Stender.

Weine, Spirituosen u. Liköre  
in jeder Preislage  
empfiehlt  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.**  
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:  
**H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.**

**Puppen-Perücken**  
von 1 Mk. an, sowie sämtliche  
Haararbeiten gut und billig.  
Ew. Rieckermann, Damenfriseur  
Kupferdammelstraße Nr. 10.

## Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

### Es wird Zeit!

unsere so beliebten Tip-Top-Bilder zu bestellen, da wir ab 1. Dezember wegen Arbeitsüberhäufung Bestellungen darauf nicht mehr annehmen können.

Atelier Lubeca, Breite Str. 13.

12 Tip - Top - Photographien

M. 1.00

12 Visit-Tip-Top - Photograph.

M. 3.00

Alle anderen Bilder in mod. und feinsten Ausführung zu

billigen Preisen.

Abds. Aufnahm. b. elektr. Licht.

**Aufgabe** halber verschied. Muster bedeutend

unter Preis für Händler u. Private.

Gleg. best. Salongarnituren in

Zuch, Blüsch, Gobelin und Seiden-

bezug 100 Mk., 150 u. 165. Pracht-

volle Blüschgarnituren 85 Mk., Port-

garnituren 110 Mk., Divans 65 Mk.,

Umbauten 75 Mk., Salons u. Brunn-

schranke 75 Mk., Vertikos, reich ge-

schm. 55 Mk., Salons und Auszug-

tische 18 Mk., Gr. Trumeaus 35 Mk.,

Schreibtische, wertvolle Sesself-

zimmer, Küchen, Garderoben, Leder-

stühle, Hunderte von Dankschreiben

für prachtvolle Lieferungen.

Lager: Wahrenstraße 53.



Heute Sonnabend eröffnen wir unsere

## Spielwaren- und Puppen-Ausstellung.

Wir laden zur Besichtigung der Ausstellung, welche in grossen, geräumigen Lokalitäten untergebracht ist, ergebenst ein.

Heute erhalten Kinder eine hübsche Fahne | Weihnachtseinkäufe werden auf Wunsch gratis. | bis zu den Festtagen aufbewahrt.

# Markmann & Meyer

Breite Strasse 44-46.

Breite Strasse 44-46.



# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 271.

Sonnabend, den 18. November 1911.

18. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“)

Berlin, den 17. November 1911.

208. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Breitenbach.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

### Erhebung von Schiffsabgaben

wird fortgesetzt.

Artikel II sieht die Bildung von Strombauverbänden zur Aufbringung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung bestimmter natürlicher Wasserstraßen in den Gebieten des Rheins, der Weser und der Elbe vor.

Eine Reihe Anträge verlangen die Kanalisierung der Lahn resp. der Mosel und der Saar.

Ein Antrag auf Kanalisierung aller dieser Flüsse liegt auch von sozialdemokratischer Seite vor; außerdem beantragen die Sozialdemokraten die Kanalisierung des Maines nicht von Aschaffenburg aus, sondern von Bamberg aus bis zum Rhein und des Neckars nicht von Heilbronn aus, sondern von Gillingen aus bis zum Rhein.

Dr. Giese (K.) erklärt, daß die sächsischen Konservativen auch gegen Artikel II der Vorlage stimmen werden.

Boehle (S.D.): Die Mosel- und Saarkanalisation würde ein rentables Unternehmen sein, das nach Sachverständigenurteil Überschüsse abwerfen würde. Bisher ist nur ein Teil der Mosel und der Saar von Frankreich kanalisiert worden. Preußen hat seine 1871 übernommenen Verpflichtungen in dieser Richtung nicht erfüllt. Deutschland sollte sich durch den Ausbau dieser Kanalisierung den französisch-lothringischen Erzmarkt zunutze machen. Preußen lehnt die Moselkanalisierung ab mit Rücksicht auf die niederrheinisch-westfälische Industrie und auf die zu erwartende Verminderung der Eisenbahneinnahmen. Eine solche Stellungnahme eines Verkehrsministers versteht man in Elsaß-Lothringen nicht. Elsaß-Lothringen wünscht eine Verständigung mit Preußen, aber bei der Haltung der preußischen Regierung wird noch viel Wasser die Mosel herunterlaufen, ehe eine solche Verständigung zustande kommen würde. Sehr bedauerlich ist, daß heute sowie auch in den letzten Tagen der Kommissionsberatung kein Vertreter von Elsaß-Lothringen im Bundesrat anwesend ist, die drei Stimmen Elsaß-Lothringens konnten sehr wohl ausschlaggebend werden. Die preußischen Konservativen vertreten im preußischen Landtag auch in diesem Falle nur ihre

### einseitigen Interessen.

der Reichstag aber muß die Gesamtinteressen Deutschlands vertreten und darf Elsaß-Lothringen nicht derartig zurücksetzen, wie es durch Herauslösung der Mosel- und Saarkanalisation aus dem Bauprogramm geschehen würde. (Bravo! bei den Soz.)

Wasser (S.D.): Auch wir wünschen die Aufnahme der Mosel- und Saarkanalisation in das Bauprogramm. Es ist dringend notwendig, der notleidenden rheinischen Schifffahrt, die in hohem Grade ein alteingesessenes Mittelstandsgewerbe ist, durch diese Kanalisierungen ein gewisses Äquivalent für die empfindliche Belastung durch die Schiffsabgaben zu gewähren. (Beifall links.)

Sommer (S.P.): Begründet einen Antrag, die Saaregulierung in weitem Umfange in das Gesetz aufzunehmen mit dem Hinweis auf die aufblühende Industrie Naumburgs, Weizenfelds und des Hinterlandes dieser Städte.

Preußischer Minister v. Breitenbach wendet sich gegen die Anträge, deren Annahme die ganzen finanziellen Grundlagen der Vorlagen umstürzen würde. Am meisten gelte das von dem weitgehendsten Antrage, dem Antrag Albrecht, den noch dazu die Partei stelle, die als einzige geschlossen gegen das ganze Gesetz stimmt. — Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Moselkanalisierung. Es sei zuzugeben, daß für sie mancherlei wirtschaftspolitische und auch militärpolitische Momente sprechen. Aber die Regierung könne nicht die Hand dazu bieten, den Prozeß der Verschiebung der Industrie vom Niederrhein nach Lothringen noch zu beschleunigen. Die Lahnregulierung sei nicht wirtschaftspolitisch, aber finanzpolitisch bedenklich, werde aber in wohlwollende Erwägung gezogen werden.

Württembergischer Minister v. Bilschke erklärt sich ebenfalls aus finanziellen Gründen gegen die Anträge.

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Graßmann bekämpft ebenfalls die Anträge, weil durch sie die finanziellen Grundlagen des Gesetzes erschüttert würden.

Behrens (Wg.) zieht in Rücksicht auf die Erklärungen vom Ministertisch den Antrag auf Kanalisierung der Lahn zurück. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Dr. Hoffel (Rp.) tritt für die Mosel- und Saarkanalisation ein.

Am Zehnhoff (Z.): Nach § 5 der Vorlage besteht eine Verpflichtung der Staaten zur Aufwendung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung von Wasserstraßen nicht; deshalb werden auch die Antragsteller selbst bei Annahme der Anträge auf Kanalisierung der Mosel und Saar nicht das erreichen, was sie wollen, dieser ganze Antrag des Herrn Wassermann ist nichts, als ein

### aufgeblasenes Ei.

(Hitt.)

Dr. Frank (S.D.): Aus den Ausführungen des Vorredners geht hervor, was von den Versprechungen der Vorlage zu halten ist, daß die Regierungen weder eine moralische, noch eine rechtliche Verpflichtung zur Ausführung auch der obligatorischen Projekte in ihrer Vorlage übernehmen. Herr Am Zehnhoff hat Herrn Wassermann mit Recht ein aufgeblasenes Ei an den Kopf geworfen. (Heiterkeit.) Vor kurzem hat Herr Behrens in aller Stille den Antrag zurückgezogen, den der Zentrumsgesandte Dahlem und einige andere Herren zugunsten der Lahn gestellt hatten und zwar auf die Zusagen vom Ministertisch hin. In der Kommission hat Herr Dahlem mit unübertrefflichem Eifer für seine Lahn gekämpft; es beweist nun eine ruhende Vertrauensseligkeit, wenn er jetzt solch Vertrauen setzt auf das, was ihm ein Minister in irgend einer Verschwärzung versprochen hat. (Heiterkeit.) Zuruf des Abg. Behrens: In der heutigen Rede! Herr Dahlem hat sich ja vor der heutigen Sitzung heurlauben lassen. Wenn wirklich die Aufnahme der Projekte in das Gesetz zu nichts verpflichtet, so ist es um so unverständlicher, warum die preußische Regierung sich gegen die Aufnahme sträubt. (Zuruf:

Um falschen Illusionen vorzubeugen.) Die Regierung hat schon so viel Illusionen verschuldet, wie die Württemberger bald erleben werden, daß es auf eine mehr auch nicht ankommt. Jedenfalls ist es unverständlich, wie man das wichtigste deutsche Kanalisationsprojekt ausnehmen kann, wenn man überhaupt einen großzügigen Wasserwirtschaftsplan aufstellen will. Besonders schädigt die Vorlage die kleinen Schiffer auf dem Neckar; man sollte ihnen ihre Schiffe, die etwa 1500—3000 Mk. Wert haben, abkaufen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Minister v. Breitenbach: Obligatorische Projekte sind solche, über die die Regierungen sich nach der technischen und wirtschaftlichen Seite verständigt haben und deren Ausführung erfolgen muß. Ich verstehe nicht, wie an diesem klaren Sachverhalt ein Zweifel entstehen konnte.

Deser (S.P.) widerspricht der Auffassung des Ministers; gewiß ist nur die Beseitigung der Abgabefreiheit und außerdem, daß die obligatorischen Projekte eben nicht obligatorisch sind. Das geht ganz klar aus dem auch von Herrn Zehnhoff erwähnten § 5 hervor. (Sehr richtig! links.) Man spricht so viel von nationalen Rücksichten, aus denen das Ruhrrevier auf seiner gegenwärtigen Höhe erhalten werden muß. Aber es ist nicht national, zugunsten eines Gebietes mit glänzenden Verkehrsverhältnissen die Entwidlung anderer Gebiete zu hindern. (Sehr wahr! links.) Die Moselkanalisierung bedeutet die engere Verbindung Lothringens mit dem deutschen Mutterland und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Bande zwischen Luxemburg und Deutschland. Es sprechen also die allerbedeutendsten wirtschaftspolitischen und nationalen Erwägungen für die Aufnahme der Moselkanalisierung in das Gesetz. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Peters polemisiert gegen die Ausführungen der Abg. Sommer, Frank und Deser, und bestreitet, daß das Ruhrrevier gegenüber dem Mosellande verkehrspolitisch begünstigt sei.

Schmidt-Konstanz (M.) tritt für die Kanalisierung des Oberrheins bis Konstanz ein, die unbedingt als Äquivalent für die Schiffsabgaben verlangt werden müsse, wenn nicht der blühende Handel der oberrheinischen Industrie mit der Schweiz ganz empfindlichen Schaden erleiden soll.

Dr. Zehnher (Z.): Der Vorredner hat hier eine Wahlrede gehalten. Bei der Wahl in Konstanz sind die Wähler in der fürchterlichsten Weise angelogen worden. (Zuruf links: Nur das Zentrum lügt nie! — Stürmische Heiterkeit.) Herr Schmidt bezeichnet sich in seinen Auftritten als wahrer Volksmann; möge er dafür sorgen, daß bei der nächsten Wahl das Volk nicht wieder in dieser Weise angelogen wird. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum, Zurufe links.)

Dr. Naumann (S.P.): Wenn das Zentrum für die Verbreitung objektiver statistischer Kenntnisse sorgen will, wird es sich wirklich einmal Dank verdienen. (Heiterkeit u. Sehr gut! links.) Zum Verständnis der abweichenden Stellung der württembergischen Mitglieder meiner Partei darf man nicht vergessen, daß es sich hier nicht um Meinungsfragen, sondern um

### Interessenfragen

handelt. Ich verstehe den Standpunkt von Mainz und Mannheim, wir können aber auch verlangen, daß der Standpunkt der Anlieger des Neckars gewürdigt wird. Natürlich hätten wir die Vorteile lieber ohne die Schiffsabgaben, aber die Nachteile der Abgaben erscheinen nicht groß genug, um die Vorteile abzulehnen. Die von Dr. Frank angeschnittene Entschädigungsfrage ist jetzt noch nicht spruchreif, sie kann erst nach der Vollendung der Regulierung geregelt werden und zwar muß es dann von den betreffenden Einzellandtagen geschehen.

Sildenbrand (S.D.): Dr. Zehnher sollte seine Mahnung zur Wahrhaftigkeit an die eigene Partei richten, in dem Wahlkreise Konstanz hat das Zentrum so viel gelogen, wie in allen anderen 396 Wahlkreisen Deutschlands zusammen nicht gelogen worden ist. (Lebh. Zuruf links. — Zurufe im Zentrum.) Herr Naumanns Rede war verständlich vom Standpunkt eines Abgeordneten von Heilbronn. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir unsererseits können in der Vorlage nicht genügende Garantien gegen Preußens Bundesfreundschaft erblicken. (Heiterkeit.) Daß Preußen sich mit aller Macht dagegen wehrt, die Moselkanalisierung in das Gesetz aufzunehmen, bestärkt uns in unserem Mißtrauen. (Sehr wahr! links.) Wir lassen uns in der grundsätzlichen Ablehnung der Schiffsabgaben nicht wankend machen durch etwaige Sonderprivilegien einzelner Gebiete; natürlich hindert uns das nicht an der Verbesserung der Vorlage mitzuarbeiten, um so viel Äquivalente für die Schiffsabgaben herauszuschlagen, als irgend möglich ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir haben seinerzeit die Abgaben für die Weselkanalisation bewilligt, aber die Opfer, die man hier verlangt, können wir nicht bringen; mindestens muß für Württemberg die Kanalisierung des Neckars bis Gillingen kein Phantom sein, sondern unter die Strecken aufgenommen werden, die gebaut werden müssen. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge Albrecht (S.D.) betr. die Main-, Neckar- und Lahnkanalisierung werden abgelehnt.

Die Abstimmung über die Anträge Albrecht (S.D.) und Wassermann (M.) auf Einfügung der Mosel- und Saarkanalisation ist eine namentliche. Sie ergibt die Ablehnung der Anträge mit 188 gegen 109 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen.

§ 7 handelt von den Strombeiträgen.

Sachse (S.D.) begründet einen Antrag, wonach nicht nur Handel und Industrie, Landwirtschaft, die Hafenstädte und die Organisationen der Schiffsahrttreibenden in den Strombeiträgen vertreten sein sollen, sondern auch das Gewerbe und wonach ferner die Strombeiträge bei den Entschädigungen der Verwaltungsausschüsse nicht nur mit beratender, sondern mit beschließender Stimme mitzumischen haben. Wir wollen mit unserem Antrag vor allem erreichen, daß auch die Arbeiter in den Strombeiträgen vertreten sind. In der Kommission ist uns übrigens eine Übersicht über die geplante Zusammensetzung der Strombeiträge in Aussicht gestellt worden, die wir aber noch nicht erhalten haben. Die Arbeiter haben in der Tat großes Interesse daran, in den Strombeiträgen ebenso wie auch in den Landesparlamenten vertreten zu sein. Sie würden dann z. B. dafür sorgen, können, daß nicht wegen Wagenmangel in den Bergwerken Feuerschichten eingelegt werden müssen. Im September und Oktober konnten im Ruhrgebiet wegen Wagenmangel eine

Million Tonnen Kohlen weniger gefördert werden, was einen Lohnausfall von 5 bis 6 Millionen bedeutet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich bitte Sie also, auch den Arbeitern den ihnen gebührenden Einfluß in diesen Korporationen zu sichern. (Bravo! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Peters wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge und bestreitet, daß ein Verprechen abgegeben worden sei, die geplante Zusammenlegung der Strombeiträge bekannt zu geben.

Sachse (S.D.) verweist dem gegenüber auf den Bericht der Kommission. Hätte man das Arbeitskammergesetz zustande gebracht, so würde man Organisationen haben, aus denen man ohne weiteres Arbeiter für die Strombeiträge nehmen könnte. (Zust. b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 7 in der Fassung der Kommission angenommen. Hierauf verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, Hausarbeitsgesetz.) Schluß 6 1/4 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

Scharfmacher an der Arbeit. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschloß im Interesse der seit sechs Wochen vom Streik betroffenen Strehreibetriebe einstimmig, wegen des vom Metallarbeiterverband veranlaßten Sympathiestreiks sowie wegen Mangels an Guß am 30. November nach Schluß der Arbeitszeit 60 Prozent der Arbeiterschaft zu entlassen. Die Arbeiterschaft wird auch diesen Schlag parieren.

Zum bevorstehenden Generalstreik der Bergarbeiter in Großbritannien. Die Konferenz der britischen Bergarbeiterverbände, die am 14. und 15. ds. Mts. in London tagte, beschloß mit einer Mehrheit von 128 000 Stimmen, die Urabstimmung über den Beginn des Generalstreiks bis zum 20. Dezember zu vertagen. Inzwischen sollen die Unternehmer zu einer nationalen Konferenz mit der Vertretung der Bergarbeiterföderation eingeladen werden, um die Lohnfrage zu besprechen. Auf der Konferenz wurde berichtet, daß die Bergwerksbesitzer in Mittelengland prinzipiell den Minimallohn bewilligten, dagegen haben die Bergwerksbesitzer in Nordengland und Schottland ziemlich unbedingt die Minimallohnforderung abgelehnt, während die Bergwerksbesitzer in Süd-Wales die Forderung unbedingt abgelehnt haben. Die Stimmung in der Konferenz war eine sehr erregte; insbesondere waren die walesischen Bergarbeiter über die Haltung der Bergwerksbesitzer außerordentlich erbittert. Die Stimmung für einen Generalstreik ist unter den britischen Bergleuten sehr stark verbreitet.

## Soziales.

Versicherungsgesetz für Angestellte. (Sitzung der Reichstagskommission vom 16. November.) Die Kommission verhandelte am Donnerstag über die Zuschuß- und Ersatzkassen. Zu § 362, der die Zuschußkassen betrifft, beantragten unsere Parteigenossen, daß bei diesen Kassen die Beiträge der Unternehmer mindestens so hoch sein müssen, wie die der Angestellten. Einen ähnlichen Antrag stellte der Abgeordnete Behrens. Gegen den Antrag wandte der Abgeordnete Mommsen (Wpt) ein, daß es dem Unternehmer gestattet sein müsse, im Interesse der Angestellten die Leistungen durch höhere Beiträge der Angestellten zu erhöhen. Von unserer Seite wurde dem entgegengehalten, daß die Angestellten diese Fürsorge ablehnen, denn damit werden nur alle die Übelstände, die mit den Betriebskassen verknüpft sind, vergrößert. Alle die versprochenen Leistungen kommen in Fortfall, sobald der Angestellte aus der Stellung entlassen wird, und seine Beiträge sind dann der Betriebskasse verfallen. Die Anträge wurden abgelehnt; dagegen stimmte das Zentrum, die Konservativen und der Abg. Mommsen. Bei § 370 entstand wieder der Streit, ob der Unternehmer berechtigt ist, früher von ihm gemachte Aufwendungen für einen Pensionsfonds seiner Angestellten jetzt auf die Beiträge zur Ersatzkasse anzurechnen. Unsere Genossen und ein Antrag des Abg. Behrens lehnten das ab, während Dr. Pothhoff den Eventualantrag stellte, daß die von den Arbeitgebern gemachten besonderen Aufwendungen gleichmäßig für die Beiträge der Angestellten und der Arbeitgeber in Anrechnung kommen. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Verwaltung der Ersatzkasse muß nach der Vorlage den Versicherten eine wie in der staatlichen Versicherung vorgesehene Anteilnahme an der Verwaltung sicher stellen. Die Kommission fügte hier hinzu, daß die Wahlen für diese Vertretung geheim sein müssen. Ein Antrag unserer Genossen, daß auch die Invaliden der Kasse in die Verwaltung gewählt werden können, wurde abgelehnt. In der ersten Lesung war beschlossen, daß die Knappschaftskasse die Beiträge, die sie als Zuschußkasse an die staatliche Versicherung zahlt, dann für das Mitglied zurückhält, wenn dieses Mitglied aus der Knappschaftskasse eine Rente erhält, die es von der staatlichen Versicherung nicht erlangen kann, weil dort die Karenzzeit länger ist. Die Regierung befürwortete sehr entschieden die Streichung, da billigerweise dieselbe Vergünstigung dann allen Versicherten gemährt werden müsse, damit aber die rechtliche Grundlage stark erschüttert würde. Mit schwacher Majorität wurde hierauf die Streichung beschlossen. Die Kommission hatte ferner im § 381 beschlossen, daß eine Lebensversicherung, die vor dem 15. Oktober 1911 abgeschlossen ist, von der Versicherung nach diesem Gesetz befreit. Wie in der Kommission bekanntgegeben wurde, haben verschiedene Gesellschaften auch jetzt noch Versicherungsabschlüsse gemacht, die den Beginn der Police vor den 15. Oktober datieren. Durch eine entsprechende Änderung des Paragraphen wird dieser Umgehung des Gesetzes vorgebeugt, und es werden somit die erst jetzt abgeschlossenen Versicherungen kein Anrecht auf Befreiung von der staatlichen Versicherung erlangen. — Ein Antrag der Volkspartei, kleinen Gewerbetreibenden eine freiwillige Versicherung zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Die Rückzahlung der Beiträge wird in den ersten 15 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes beim Tode des Versicherten an die Hinterbliebenen erfolgen. Für die freiwillig Versicherten, die den ganzen Beitrag allein zahlen, sollen drei Viertel der Beiträge zurückgezahlt werden. In einer Abend Sitzung wird die Beratung zu Ende geführt werden, um am Sonnabend die Berichte fertigstellen zu können.



Der Kommission wurden eine Anzahl Anträge unterbreitet, die von den bürgerlichen Parteien mit der Regierung vereinbart waren. Die Anträge zeigen, daß die Kritik unserer Parteigenossen nicht ohne Erfolg gewesen ist, denn die Angestellten erhalten einen größeren Einfluß auf die Verwaltung. Der § 101 der Vorlage, der ein Direktorium der Reichsversicherungsanstalt aus Beamten zusammen setzen will, wird wie folgt geändert: „Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von beamteten Mitgliedern sowie aus je zwei Vertretern der verschiedensten Angestellten und ihrer Arbeitgeber.“ Im Absatz 2 wird hinzugefügt: „Bei der Beschlusfassung scheiden soviel nicht-beamtete Mitglieder aus, daß die beamteten in der Mehrzahl sind. Bis zur Wahl der nicht-beamteten Mitglieder ist das Direktorium auch ohne diese beschlußfähig.“ Unsere Genossen beantragten im Absatz 2 den nicht-beamteten Mitgliedern die Majorität zu sichern. Der Antrag wird abgelehnt. Die Geschäftsordnung für das Direktorium soll nach Anhören des Verwaltungsrates vom Reichsfinanzler erlassen werden. Aber die Anstellung der Beamten wird in § 102 folgende Änderung vorgenommen: „Präsident und Mitglieder des Direktoriums sowie die höheren etatsmäßigen Beamten werden auf den Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Soweit die Ernennung von Mitgliedern und höheren etatsmäßigen Beamten nach Bildung des Verwaltungsrates erfolgt, ist derselbe vorher zu hören.“

Abg. Potthoff beantragt, daß auch bei der Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Verwaltungsrat gehört wird.

Der Antrag wird abgelehnt, dafür stimmt die Volkspartei und die Sozialdemokratie. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums und je zwölf Beisitzern der Angestellten und der Prinzipale. Diese Einrichtung bleibt unbeeinträchtigt. Die nicht-beamteten Mitglieder des Direktoriums wählt der Verwaltungsrat auf sechs Jahre. Ferner soll die Dienstordnung für die Beamten von dem Direktorium mit Zustimmung des Verwaltungsrates erlassen werden. Von unseren Parteigenossen wurde zu § 108 beantragt, daß der Verwaltungsrat bei der Anlage des Vermögens und bei der Veräußerung und Erwerbung von Grundstücken mitwirken soll. Der Antrag findet von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Die übrigen Paragraphen werden ohne erhebliche Änderungen angenommen. Damit ist die Arbeit der Kommission beendet.

Eigene Versicherungsämter für die Städte. Der Vorstand des Reichsverbandes freischausgehender Städte hat, nach einer Meldung der „Post“ an den Minister des Innern die Bitte gerichtet, den Städten über 10000 Einwohner die Errichtung eigener Versicherungsämter zu gestatten.

### Kommunales.

Kommunalwahlen in Chemnitz. Am Montag und Mittwoch wurde unter dem erbärmlichsten Kommunalwahlrecht des ganzen Reiches gewählt und zwar unter dem berufsständigen Wahlrecht. Es wählten sechs Abteilungen. Montag wählten die Abteilungen der Gewerbetreibenden, Angestellten und kleinen Beamten. In diesen Klassen erhielten: a) die Antisemiten 1305, die Sozialdemokraten 1108 Stimmen. Die sozialdemokratische Stimmenzahl stieg seit 1909 von 731 auf 1108. Die Liberalen hatten diesmal keinen Kandidaten aufgestellt und den Antisemiten diese Klasse allein überlassen. In der Klasse II im Stichwahl zwischen Antisemiten und Liberalen, bei der die Sozialdemokraten die Entscheidung treffen. Wir haben auch in dieser Klasse seit zwei Jahren 128 Stimmen zugenommen. Am Mittwoch wählte die Abteilung der Arbeiterklasse und zwar haben wir von 9862 Wahlberechtigten insgesamt 7351 Stimmen erhalten. Das ist ein Mehr von 1736 Stimmen gegen die Wahl vor zwei Jahren. Die Bürgerlichen sind bei dieser Wahl überhaupt zu Hause geblieben. Ferner wählte Mittwoch auch noch die Klasse C, die sogenannten Gelehrten und freien Berufe. Auch in dieser Klasse stieg unsere Stimmenzahl von 15 auf 83. Die ganze Ungehörlichkeit des Wahlrechts wird am klarsten durch folgende Tatsache dargestellt: In den vier Klassen, die gewählt haben, erhielt die Sozialdemokratie 6987 Stimmen; die Gegner insgesamt nur 4629 Stimmen. Während aber die Gegner acht Mandate besetzten, erhielt die Sozialdemokratie mit der doppelten Stimmenzahl nur drei Mandate. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dorium eroberten unsere Genossen ein neues Mandat. Ferner stehen die Sozialdemokraten in zwei Bezirken mit dem Zentrum in Stichwahl. In zwei weiteren Bezirken stehen die Liberalen mit dem Zentrum in Stichwahl. Zwei Mandate erhielt das Zentrum. — Unsere Genossen, die in Bunzlau bisher nur ein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung hatten, eroberten vier neue.

Kein Stadtrat aus der Leipziger Arbeiterklasse. Am Mittwoch stellte in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion bei der Erstwahl von Stadtratmitgliedern abermals Vertreter der dritten Wählerklasse als Kandidaten auf. Der Redner der Fraktion begründete den erneuten, bereits mehrfach vergeblich gemachten Versuch, in den Stadtrat zu kommen, besonders mit dem Hinweis, daß die Vertreter der dritten Wählerklasse die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Leipzigs hinter sich haben, und daß es ein Skandal sei, diese Mehrheit und die Arbeiterschaft im Stadtrat ohne Vertretung zu finden. Der Ausdruck „Skandal“ brachte dem Redner einen Ordnungsruf ein, und im übrigen wurden die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion von den Vertretern der ersten und zweiten Abteilung einmütig niedergestimmt. Diesen erneuten Skandal im Leipziger Stadtparlament quittierten unsere Genossen mit dem Verzicht auf die Beteiligung bei der Wahl der weiteren Stadtratmitglieder.

### Aus dem Gerichtssaal.

Prügelnder Offizier verurteilt. Aus Danzig wird gemeldet: Wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Kriegsgericht den Oberleutnant Kunkel vom 152. Inf.-Reg. zu zwei Monaten Gefängnis. Kunkel geriet in animierter Stimmung in Marienburg mit einem Zivilisten in Streit und verletzte ihn mit seinem Säbel.

Wo sitzen die Steuerhinterzieher? Diese Frage ist von uns genug dahin beantwortet worden, daß sich in diesem Punkte die Agrarier und Industriellen nichts vorzumerken hätten: sie wissen beide dem Steuerfiskus sehr gut ein Schnippen zu schlagen. Ein krasser Fall von Steuerhinterziehung beschäftigte dieser Tage das Schöffengericht zu Salzküden. Der Kaufmann August Schormann in Schöten war angeklagt, in den Jahren 1908, 1909 und 1910 sein Einkommen statt mit 88000 Mk., wie es richtig gewesen wäre, nur mit 19000 Mk. angegeben zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, nachdem zwei Bücherrevisoren die Abschlässe usw. geprüft hatten, um den achtfachen Betrag der hinterzogenen Summe, zu 22550 Mk. Geldstrafe.

Ein Unteroffizier wegen Mordversuchs verurteilt. Aus Straßburg wird gemeldet: Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte am Donnerstag das Kriegsgericht der 30. Division den Unteroffizier Spie des Infanterieregiments Nr. 136 wegen Mordversuchs und schwerer Körperverletzung zu einer Gesamtkstrafe von acht Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Spie hatte in der Nacht zum 27. August in der Nähe des Schillingheimer Forstes dem von ihm gehackten Bisefeldwebel Henig aufgelauert, um ihn zu erschließen. Der Schuß traf den Offiziersburken Abt vom Infanterieregiment Nr. 126, der schwerverletzt wurde. Abt wurde zum Krüppel geschossen, er verlor ein Bein.

Ein drakonisches Urteil. Der Gefreite Deschamps, der angeklagt war, ein Maschinengewehr gestohlen und an Deutschland verkauft zu haben, wurde vom Schwurgericht in Reims zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

### Der Oldenburger Landtag.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu den Verhandlungen des Landtags gefaßt. Sie beschloß zu beantragen: 1. eine Reform der Gemeindeordnung im Sinne des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts mit der Aufhebung des Grundbesitzerprivilegs durchzuführen; 2. die Gemeindeordnung aufzuheben; 3. bei der Beratung des Stats der Zentralkasse die Regierung zu ersuchen, den Vertreter im Bundesrat anzuweisen, für durchgreifende Maßnahmen gegen die Feuerung und für eine vernünftige Wirtschaftspolitik und sparsame Reichspolitik einzutreten; 4. bei der Beratung des Stats für das Fürstentum Birkenfeld die Regierung wegen der Nichtbestätigung des Genossen Haber als Schöffe zu interpellieren; 5. die Regierung zu interpellieren, ob sie bereit ist, Auskunft zu erteilen über die baldige Wiedereröffnung der Vieh- und Schweinemärkte, welche infolge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche aufgehoben sind; 6. die Regierung um die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, wodurch den Gemeinden das Recht gegeben wird, Fabrikerie und ähnliche gewerbliche usw. Anlagen, welche zu den Gemeindefällen nicht oder nur wenig beitragen, zu den Gemeindefällen besonders heranzuziehen.

Die Anträge sind für die Oldenburger Verhältnisse von großer Bedeutung. Ein Teil dieser Anträge ist bereits früher von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden, die Anträge wurden jedoch bei der reaktionären Zusammenfassung des Landtags abgelehnt.

### Aus Nah und Fern.

Bei Erweiterungsarbeiten an einer Eisenbahnunterführung kürzten bei den Ausschachtungsarbeiten große Erdmengen ein, von denen fünf Arbeiter verschüttet wurden. Einer wurde getötet, zwei sind ziemlich schwer, zwei jedoch gar nicht verletzt worden.

Politische Umtriebe. Politische Umtriebe polnischer Gymnasialisten wurden in Giewitz durch den Religionslehrer aufgedeckt. Von der Anstalt verwiesen wurden deshalb vier Ober- und ein Untersekundaner. Man fand bei ihnen einen umfangreichen Schriftwechsel vor mit Polenführern in Posen und Krakau. — Nach der polnischen Presse handelt es sich nur um harmlose Angelegenheiten gesellschaftlicher Natur.

Die bairischen Silberdiebe sind gefaßt. Die Silber wurden im Walde vergraben aufgefunden.

Das Erdbeben in Süddeutschland und der Schweiz hat arge Verwüstungen angerichtet. Viele Wohnungen sind beschädigt. In Konstanz war das Erdbeben von gewitterähnlichen Erscheinungen begleitet. Donnerstag, abend um 10 Uhr 25 Min. zeigte sich am westlichen Himmel ein starker bläulichlicher Feuerstrahl. Man verspürte ein starkes wellenartiges, mehrfach vom Norden nach Süden sich bewegendes Erdbeben, durch das Kamine zum Einsturz gebracht wurden, Häusermauern barsten, und viele Gebäude, darunter das Postgebäude, stark beschädigt wurden. Auch das Münster hat Schaden gelitten. Infolge des Erdbebens sind große Steine und eine vier Meter hohe Kreuzblume der Turme des Münsters auf die Straße gefallen. Ebenso ist die fünf Meter hohe Kolossalfigur der Germania, die auf dem Gebäude der Oberpostdirektion befestigt war, auf das Straßenpflaster gestürzt und in kleine Stücke zertrümmert. Ein Dienstmädchen wurde aus einem ersten Stock herausgeschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen. Zahlreiche Dächer sind abgedeckt. In Billingen fiel ein Teil des Kirchturmes auf die Straße. Der Bevölkerung hat sich eine große Aufregung bemächtigt.

In der Schweiz ist das Erdbeben überall verspürt worden. Es dauerte zehn Sekunden an und erstreckte sich von Westen nach Osten. In den Theatern von Bern und Zürich brach eine Panik aus. Die Besucher stürzten, die Fenster scheiben einschlagend, auf die Straße. Mehrere wurden ohnmächtig.

In Norditalien wurde ebenfalls eine Erderschütterung wahrgenommen. Es wird darüber aus Mailand gemeldet: Hier wurde am Donnerstag abend um 10 1/2 Uhr eine Erderschütterung von einigen Sekunden Dauer verspürt, die auch in Lecco Verese und in andern nahegelegenen Ortschaften wahrgenommen wurde.

Von französischen Orten sind Belfort und Besancon heimgesucht worden.

Wie weiter gemeldet wird, hat die Erschütterung auch nach Mitteleuropa hinübergereicht. Aus Leipzig wird gemeldet: Das Erdbeben ist auch hier wahrgenommen worden, doch scheint es keinen Schaden angerichtet zu haben. Ebenso ist in Wlauen Donnerstag abend 10 1/2 Uhr ein Beben von 1/2 Minuten Dauer verspürt worden, das die Richtung von West nach Ost hatte und von dumpfen Rollen begleitet war. Auch in Koburg wurde ein Erdstoß wahrgenommen.

Aus Heidelberg wird berichtet: Infolge des Erdbebens, das sieben Sekunden dauerte, fiel der Seismograph der Sternwarte Königsstuhl um; er wurde gleich wieder aufgerichtet und blieb etwa dreiviertel Stunden in Tätigkeit. Nachts wurden weitere sieben Stöße verspürt. An vielen Orten wurde ein kometenartiger Feuerstreif am Himmel bemerkt.

Das Erdbeben hat auch das Stammschloß des Kaisers zum Wackeln gebracht. Es wird darüber aus Pechingen gemeldet: Das Erdbeben hat dem Stammschloß des Kaisers, der Burg Hohenzollern, übel mitgespielt. Die Besatzungskompagnie mußte die Kaserne verlassen und die Nacht auf dem Exerzierplatze im Freien verbringen. Die Figuren des Schlosses wurden schwer beschädigt und die Türme zeigen große Risse. Der Umsturz ist an der Arbeit. O meh!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und Kommissionssitzungen**  
**Transportarbeiter!**  
Vorstandssitzung heute, Sonnabend, 8 1/2 Uhr.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Lübeck.  
**Komiteesitzung**  
am 21. November bei Mohr, Hundestraße.  
Für die uns in so reichem Maße erwiesene herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzbesuchen sagen allen Freunden, Nachbarn und Bekannten, sowie Herrn Pastor Bernhardt für die trostreichen Worte am Grabe aufricher lieben Entschlafenen hiermit unseren herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**M. Krogmann u. Frau**  
geb. Kötzberg.  
Zwei-Zimmer-Wohnung zum 1. Januar zu vermieten. Augustenstr. 21 a.  
Durch Herrl. Drei-Zimmer-Wohnung, Stadenstraße 17, I.  
Eine Wohnung mit Gartenland zu vermieten. Loßstraße 20 (Stadelbort.)

Ein leeres heizb. Zimmer umständlich zu verm. Nähe des Bahnhofs. Steinradler Weg 32 b. 2. St.  
Umständl. 1 gr. abgeth. Drei-Zimmer-Wohnung m. Zub. z. 1. Jan. zu vermieten. Brückstraße 71.  
Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 33. nt.  
**Bauarbeiter**  
werden eingestellt für Bau in Cleverbrück.  
**L. Thormann,**  
Parfstr. 22.  
Zu verkaufen ein Loden-Mantel, passend für Kutscher oder Händler. Segebergstr. 24. II.  
Herren-Winterpaletot in Damen-jackett zu verkaufen. Segebergstr. 26. II.  
Stängelstr. zu verkaufen. Marienhofstr. 6.  
**Sehr schöne Äpfel**  
zu verkaufen, Pfd. 20 Pfg. Lühnowstraße 19a, I.  
Billig zu verkaufen gebr. Nähmaschinen, 1 Schirn. Kronsförder Allee 105a.  
2 gutgeh. Winterbergzieher zu verkaufen. Warendorferstr. 64. I.  
Zweischl. Huerbeit, Kleider und Kinderzeug billig zu verkaufen. Schildstraße 5.

**Junge Mädchen**  
für leichte Klebearbeit gesucht.  
**Kartonagenfabrik**  
Lindenstraße 48a.  
**8 Ztr. EBkartoffeln zu verk.**  
J. Heinsen, Schwartau, Rankauer-Allee 5a.  
Neuer Patent billig zu verkaufen. Fackenburg, Segeberger Str. 29. v.  
**Ein Kinderwagen mit Gummir.**  
billig zu verkaufen. Clemensstraße 25, 5th. v.  
  
80 Ferkel u. Junggänger stehen zum Verkauf.  
Joh. Ahrens, Fackenburg 12.  
  
Eine große Partie Ferkeln. Junggänger steht zum Verkauf. Gastwirt Dose, „Drei Kronen“, Fackenburg.  
An- und Verkauf von guten gett. Herrenkleidern. Vermietung v. Gehrock-Auz. f. jede Geschäftst. A. Pohl, Schneider, Marlesgr. 44.  
Sprechmaschinen u. Nähmach., sowie 11. Dampfmasch. u. Motore als Kinderpielzeug u. zu Weibnachten gut und billig repariert. Auch Reuanlagen und Reparaturen von Klingelanlagen.  
C. Barmeister, mechan. Werkstatt, Düstere Querstr. 16.

**Fischhalle Beckergrobe 65**  
Allerfeinste Bratheringe 2 Stück 15 Pfg.  
Rollmops 2 Stück 15 Pfg.  
Bismarckheringe 2 St. 15 Pfg.  
Senfheringe 2 Stück 15 Pfg.  
Bücklinge Stück 5, 7, 8 Pfg.  
Ferner empfehle sämtl. Marinaden in 1, 2, 4 und 8-Liter-Flaschen.  
Billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.  
**Hausierer u. Händler**  
in Stadt und Land können viel Geld verdienen durch Mitnahme eines in jedem Haushalt leicht zu verkaufenden Artikels. Auch für jeden Arbeiter im Kreise seiner Kollegen als Nebenverdienst. Kein Risiko! Für nicht verkaufte Ware Geld zurück. Bitte Adressen aufzugeben unter **BB 12** an die Exped.  
**la. Hausmacher Leberwurst**  
Pfd. 1.20 Mk.  
**la. Thüringer Leberwurst**  
Pfd. 1.00 Mk.  
**la. Hildesheimer Leberwurst**  
Pfd. 80 Pfg. empfehit  
**Carl Junge,**  
Wahmstr. 14.  
**Alte sowie neue Hüte**  
werden billig modernisiert. Frau Lindloff, Hundestr. 101, II.

**Werklicher Sonntagsdienst**  
am 19. November von 1 Uhr an Dr. med. Feldmann, Breitestr.  
Dr. med. Wex, Rakeburg, Allee 2a.  
Dr. med. Ad. Christern, Fack. Allee 13.  
Feine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet.  
Engelsgrube 70, part. I.  
**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der Buchdruckerei d. Lüb. Volksbote.  
**Gewerkschaftshaus**  
Lübeck, Johannisstraße 50-52  
ff. gepflegte Biere.  
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.  
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr 65 Pfg.  
**Strampfers Gasthof**  
Schwartau.  
**Verschießen von Karpfen und Rauchfleisch**  
am Sonntag, d. 19. November  
Anfang nachmittags 2 1/2 Uhr.  
Einsatz 50 Pfg.



**Vorträge  
der Oberschulbehörde.**

Seminardirektor Dr. Mühsz.,  
Lübeck:  
**Die Weltsprache.**  
Vorträge: am Montag, dem 20.  
und 27. November, 4. und 11. De-  
zember 1911  
in der Aula des Johanneums,  
Bei St. Johannis 3,  
abends 8 1/4 Uhr.  
Eintrittskarten zum Preise von  
Mk. 1.— für alle vier Vorträge sind  
zu haben im Bureau der Oberschul-  
behörde, Glockengießerstraße 4, I.,  
bei F. W. Kaihel, Breite Straße 40,  
Rich. Quitzow, Breite Straße 97,  
Lübcke & Nöhring, Breite Str. 31,  
Robert Lübeck, Königstraße 41,  
Bureau der Ortskrankenkasse und  
der Öffentlichen Leihhalle, Meng-  
straße 28, in der Nebenstelle der  
Spar- und Leihkasse, Fackel-  
burger Allee 13/15, sowie im Ar-  
beiterssekretariat, Johannisstraße 48.

**Ausspielen  
von fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchtflisch**  
auf einem Pischbillard  
am Sonntag, d. 19. November.  
Eintrag 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**W. Ditz, Marlstr. 65.**

**Friedrichshof.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**

**Wir bringen**  
in vorzüglicher Passform und eleganter Ausstattung fertige  
**Ulster, Paletots, Joppen.**

Winter-Paletots 42 33 27 22 16 12	<b>9 50</b> an.	Winter-Joppen 18 13 10 9 8 7 6 5	<b>4 50</b> an.
Hocheleg. Ulster 48 33 30 27 21 17	<b>14 50</b> an.	Herren-Anzüge 42 33 28 23 18 15	<b>10 50</b> an.
Knab.-Anzüge	<b>2 50</b> an.	Knab.-Joppen	<b>2 25</b> an.
		Knab.-Palet.	<b>3 00</b> an.

Unsere Auswahl ist erstklassig.  
Durch Umgehung allzugroßer Geschäftskosten sind unsere Preise  
**wirklich billig.**

**Gebr. Vandsburger**  
Holstenstraße 10 (Inh.: Heinr. Wellmann.)



**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschl.  
Bauhilfe Lübeck.**

**Außerordentliche  
Mitglieder-Versammlung**  
am Montag, 20. November  
abends 8 1/4 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Radde  
über: Arbeitslosigkeit und ihre  
Bekämpfung.  
2. Bericht über den in der letzten  
Versammlung gefassten Beschluss.  
3. Wahl einer Anstellungskommission  
von 3 Mitgliedern für die Wahl  
eines zweiten Geschäftsführers.  
Der wichtigen Tagesordnung,  
wegen erwartet einen zahlreichen  
Besuch  
**Die Ortsverwaltung.**

**St.-Jürgen-Liederkränz.**  
Einladung zum  
**1. Stiftungs-Fest**  
bestehend in Konzert und Ball  
am Sonntag, 19. Nov. 1911  
im „Weißen Engel“,  
Ratzeburger Allee 29.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt für Herren 60 Pfg.,  
Damen frei.  
Das Komitee.

**Louisenlust.**  
Sonntag, d. 19. November  
**Gr. Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
Ende 12 Uhr. Musik Hauskapelle.  
W. Treumann.

**Immalin-**  
**Putzmittel**  
sind die besten.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

Photographie **SAMSON & Co.**  
nur Breitestr. 39 (Haus Henning v. Minden) Tel. 1057.  
Um eine zu große Anhäufung von  
**Weihnachtsaufträgen** im Dezember  
zu vermeiden, geben wir im **Monat  
November** eine **künstlerisch aus-  
geführte**

**VERGRÖßSERUNG**  
rahmenfertig mit Passepartout in 30x36 cm Größe,  
zu jeder Aufnahme in Maltausführung von Mk. 4.— an  
**GRATIS.**  
Aehnlichkeit und Haltbarkeit garantiert.  
12 Visit glanz 1.80 12 Visit matt 4.— 6 Visit matt 2.50  
Kabinett „ 4.90 12 Kabinett „ 8.— 6 Kabinett „ 5.50  
Atelier täglich, auch Sonntags den ganzen  
Tag ununterbrochen von 9 bis 7 Uhr geöffnet.  
Nach Eintritt der Dunkelheit Aufnahmen bei elektrischem Licht.  
Bis tags den ganzen Tag geöffnet.

**W. Klüssendorf**  
**Lübeck**  
Huxstraße Nr. 116  
Fernsprecher 1159

**Bauklempnerei und Installation**  
von  
**Gas-, Wasser- und Badeanlagen**  
Haustelegraphen und Bierleitungen.  
**Grosses Lager**  
von allen in mein Fach schlagenden Artikeln.

**Johs. Tollgreve, Goldschmied**  
Königstraße 92.  
Gold-, Silber- u. versilberte Waren.  
Gravierungen. Neuarbeitungen.  
:-: Vergolden. Versilbern. :-:  
Reparaturen prompt und billig. Trauringe. Reparaturen prompt und billig.

**Zentral-Hallen**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
H. Pagel.

**Neu-Lauerhof.**  
Heute Sonntag gr. Tanzkränzchen  
**Adlershorst.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**  
**Einseidel**  
Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
F. Jenkel.

**Wakenitz - Bellevue.**  
Morgen Sonntag:  
**Freies Tanzkränzchen.**  
H. Fürbötter.

**Wilhelm-Theater.**  
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:  
**Tanzkränzchen**  
**Hansa-Halle**  
**Großes Tanzkränzchen**  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
J. Rieck.

**Friedrich-Franz-Halle.**  
Morgen Sonntag:  
**Großes  
Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

**Gasthof zum Riesebusch**  
Schwartau.  
Sonntag, den 19. November:  
**Große Tanzmusik.**  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Gothh. Strunck.

**Der Streit um Marokko**  
ist für die Hausfrau nicht so wichtig als die  
Frage, wie die teuren Naturbutterpreise zu  
vermeiden sind. Einen erstklassigen Ersatz  
bringen wir in unseren Margarine-Spezialitäten

**„Unser Ruhm“  
und „Rowitt“**  
sowie der allerfeinsten Pflanzenbutter-Margarine

**„Herba“**  
Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität,  
sind nach eigenem Verfahren aus nur besten  
Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieb-  
lichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit  
von bester **Meiereibutter**  
kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber  
wesentlich **billiger.**  
Ueberall erhältlich!  
Alleinige Fabrikanten:  
**Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.**

**General-Versammlung**  
der  
**Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H.**  
am 30. November 1911, nachmittags 5 Uhr  
im **Moislinger Baum (Rud. Schmachtel).**  
Straßenbahn-Linie 9.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht, Bilanz und Abrechnung.  
2. Wahlen.  
3. Entschädigung an den Aufsichtsrat.  
4. Verschiedenes.  
Lübeck, den 10. November 1911. **Der Aufsichtsrat.**

**Pritzkwows Restaurant**  
Moislinger Allee 6.  
**Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchtflisch**  
am Sonntag, dem 19. November 1911.  
Anfang 11 Uhr morgens. Einsatz 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**F. Pritzkow.**



# Hodermann's Konditorei und Teehaus.

## Täglich Konzert von 4-1 Uhr nachts.

==== An Sonn- und Feiertagen keine Preiserhöhung. ====

Freier Eintritt.

Bestellungen auf Torten, Eis, Baumkuchen etc. werden prompt ausgeführt.

### Die Großeinkaufs-Gesellschaft : Deutscher Konsumvereine in Hamburg :

ist eine Vereinigung der Konsumvereine, erzielt dadurch einen grossen Umsatz und ist deshalb imstande,

nicht nur äußerst günstig einzukaufen,

sondern braucht in der Hauptsache auch nur mit solchen Firmen zu arbeiten, die mit ihren Arbeitern in einem guten Verhältnis stehen.

**Wir**  
sind Mitglied der Großeinkaufs-Gesellschaft

und können als solches unsern Mitgliedern wieder die Vorteile zugute kommen lassen, die wir durch den gemeinsamen Einkauf haben und zwar nicht nur

in Kolonialwaren und verwandten Artikeln  
sondern auch  
in Manufaktur- u. Hausstandswaren,

für die wir eine eigene Abgabestelle

1 Glandorpstrasse 1

unterhalten. Durch die ständig steigende Nachfrage waren wir imstande, unsern Warenbestand bedeutend zu vermehren und glauben den Wünschen der geehrten Mitglieder in weitgehendstem Masse Rechnung tragen zu können. Kein Mitglied sollte es deshalb versäumen, bei Bedarf die Spezial-Warenabgabestelle, Glandorpstrasse 1, aufzusuchen und sich die dort geführten Waren zeigen zu lassen.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**  
e. G. m. b. H.

**Freiwillige Feuerwehr  
Moisling.**  
Sonntag, den 19. Novbr. 1911:  
**30jähr. Stiftungsfest**  
verbunden mit Ball  
bei Frn. Henkel im Travestrand.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Es ladet hierzu ein  
Der Vorstand.

**Konzerthaus  
Zauberflöte.**  
Täglich Konzert.  
Oberbayerische Musik- u.  
Gesangs-Truppe  
D' Rösler v. Staffelsee  
6 Damen, 2 Herren.  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt gänzlich frei.  
Ludwig Kock.

**Dilettanten-Klub Freiheit.**  
Gr. theatralischer Abend  
am Dienstag, dem 21. Nov. 1911  
im Konzerthaus Flora, Nebenhoffstr.  
1. Eine Pferdebek. Schwank in 2 Akt  
2. Madame Stachbüsche oder: Nieder  
mit dem Pantoffelheld.  
3. Nummer 576. Schwank in 1 Akt.  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Eintritt 30 Pfg. Kinder die Hälfte.  
Programm frei.  
Das Komitee.

**HANSA THEATER**  
Täglich:  
**De Bière**  
(Der Geheimnisvolle)  
und  
das große Programm.  
Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten hab. keine Gültig.

**Stadthallen-theater.**  
Sonntag, 19. November. 7 1/2 Uhr.  
**Der Gardeoffizier.**  
(Der Leibgardist.)  
Komödie von Franz Molnar.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Rob. Rohlmart 13.

**Neues Stadttheater.**  
Sonntag, 19. November. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Abonnement 56.  
**Das Musikantenmädcl.**  
Operette von Georg Farno.  
Montag, 20. Novbr. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Abonn. 57. Montag-Ab. 10.  
Zum 1. Male! Neu!  
**G a w a n.**  
Repertoire von Stücken.  
Dienstag, 21. November. 7 1/2 Uhr.  
Zur 100jährigen Gedenkfest des  
Todesstages Heinrich v. Kleists  
Prinz Friedrich von Hamburg.  
Schauspiel von Heinrich von Kleist.

## Biophon.

Lichtbild-Theater. Nur Breite Strasse 52.  
Riesen-Schlager in 3 Akten.

**Enterbte des Glücks.**

Nordische Film-Co., Kopenhagen.

**Auf der Suche nach Gold.  
Der Traum des Landstreichers.**

Außerdem das große Programm.

Die neuesten Schlager der Kinetographie. Künstler. Musikbegleitung.  
Nur für Erwachsene: Sonntags von 4 bis 11 Uhr.

Wochentags von 3 bis 11 Uhr.

Nur für Kinder: Sonntags von 2 bis 4 Uhr.

**Verband der Hausangestellten.**

Einladung zum

**4. Stiftungsfest** besteh. in Ball  
am Sonntag, dem 26. November 1911  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

**Athleten-Klub „Atlas“ von 1896.**

**15. Stiftungsfest**

verbunden mit Aufführungen und Ball  
am Sonntag, dem 19. November 1911,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei.

Damenkarte 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.

**Einladung z. Wintervergnügen**  
am Sonnabend, dem 25. November 1911  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Caalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Karten sind zu haben bei sämtlichen Voten, im Gewerkschaftshaus  
und im Bureau, Johannisstraße 48.

Das Komitee.

**Konzerthaus „Flora“.**

Jeden  
Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

**Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.**  
Eintritt frei. Gustav Gipp.



## Vergessene Bekenntnisse zum Arbeitsschutz.

Die erste Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz, der 27. Oktober 1881, sollte die Sozialdemokratie zerbrechen und vernichten. Es hatte aber alles nichts genützt, 312 000 Stimmen musterte die Partei der Verfehlten und Gedächtnen. Waren es auch 125 000 weniger, als bei den Witznatswahlen auf die Sozialdemokratie entfielen, ein Sieg war und blieb es doch. Zwölf Genossen zogen — alle erst in der Stichwahl siegend — in den Reichstag ein. Das Sozialistengesetz war also ein Schlag ins Wasser gefallen!

Unter diesem Eindruck wurde am 17. November 1881 der neue Reichstag mit einer feierlichen Botschaft Wilhelms II. eröffnet.

Darin hieß es, daß die Unterdrückung der sozialdemokratischen Ausschreitungen nicht genüge, es müsse auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden. Die umgearbeitete Unfallversicherungsvorlage wurde angekündigt, zugleich mit einem Gesetzentwurf zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Auch die Erwerbsunfähigkeit durch Unfall und Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge, als sie bisher gefunden habe, — wurde in der Thronrede mitausgesprochen. „Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.“ „Sittlich“ und „christlich“, es waren schöne Worte im Munde eines Mannes, der mit der Bismarckschen Regierung von hohen Idealen getragene Volksmassen zu Lumpen machte, die nur mit Ausnahme-Gesetzen zu händigen sind.

Der Reichstag bekam am 14. April 1883 sogar noch eine zweite kaiserliche Botschaft zu hören, als die Zuckerbrote für die gepeinigten Arbeiter garnicht recht fertig werden wollten. Es hieß da stolz und unentwegt: „Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten uns aber, kein in unserer Macht stehendes Mittel zu verkümmern, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsgruppen untereinander zu fördern, solange Gott uns Frist gibt, zu wirken.“

„Darum wollen wir dem Reichstage durch diese unsere Botschaft von neuem und in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuesten Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten Vorlagen dringend ans Herz legen.“

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte gegenüber all diesen freundlichen Bestrebungen einer Regierung, die loben erst das Sozialistengesetz durchbrechen und benutzen gelernt, schon in ihrem Wahlausruf vom Oktober 1881 alles Notwendige gesagt. Es hieß da:

„Bei der Untrennbarkeit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen von der Überzeugung durchdrungen, daß die politischen und wirtschaftlichen Mängel und Ungerechtigkeiten die naturnotwendigen Auswüchse unserer sozialen Verhältnisse sind, erstreben wir in erster Linie die Umgestaltung dieser Verhältnisse — die Entfernung der Ursachen, welche Not und Knechtschaft in jeder Form zur Wirkung haben, das heißt die

Sozialreform. Da aber alle anderen Parteien auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsverhältnisse stehen, und deren Umgestaltung grundsätzlich abgeneigt sind, so ist unsere Partei die einzige Partei der Sozialreform.“

Eine wirkliche Arbeiterpartei konnte nicht anders schreiben und reden, einer Regierung gegenüber, die alles menschenmögliche an verkörpertem Haß und paragrafieren Knebelungsmethoden aufbot, die wirkliche Trägerin der Sozialreform zu vernichten.

Wenn dabei noch in Beachtung gezogen wird, daß die Gesetzentwürfe geradezu jämmerlichster Art waren, und die sozialdemokratischen Anträge mit dauernder Mißachtung betrachtet wurden, so wird es jedem verständlich, daß die zwölf Sozialdemokraten garnicht anders konnten, als gegen die Gesetze stimmen.

Das Zentrum geht jetzt im Wahlkampfe besonders gern mit der abgestandenen Lüge haufieren, daß die Sozialdemokratie deswegen keine Arbeiterpartei sei, weil sie damals gegen die durch kaiserliche Botschaft — und wie! — angekündigten Arbeiterschutzgesetze votierte.

Nun, gerade das Zentrum hat in seiner Stellungnahme zur Sozialreform, zur Arbeiterschutzgesetzgebung und den Koalitionsrechtsforderungen besonders in jener Zeit bewiesen, als was ihm alle diese Dinge eigentlich erscheinen.

Mageln wir doch wieder einmal fest! Der Zentrumsantrag vom 1. März 1877 dem sozialdemokratischen — Frischschneiden — Gesetzentwurf, der umfassenden Arbeiterschutz gewährleistete hätte, zuvorzukommen suchte, verlangte absolut nichts weiter als eine Vervollständigung der 1873 beschlossenen Erhebungen über die Lage der Arbeiter! Dazu sollten noch Sonntagsruhe, Einschränkung der Gewerbefreiheit (!), Revision des Haftpflichtgesetzes, Schutz der in Fabriken tätigen Personen und Regelungen über den Betrieb in Gast- und Schankwirtschaften kommen. So sahen die Zentrumswünsche in bezug auf den Arbeiterschutz aus, zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie schon die imponierende Arbeit eines glänzenden Arbeiterschutzgesetzes geleistet hatte. Ein Sammeljurium unklarer, teils direkt reaktionärer Bestrebungen, weiter nichts! Und damit niemand auf den Verdacht komme, das Zentrum wolle ernstlich etwas für die Arbeiter tun, hob Windhorst in der Reichstagsdebatte ausdrücklich hervor, man möge von der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht erwarten, daß sie allein imstande sei, die wirtschaftlichen Schäden zu heilen. „Das Wesentlichste muß die Bevölkerung selbst tun. Sie muß sich nach allen Richtungen hin mehr und mehr wieder an die einfachen Zustände der Vergangenheit gewöhnen, das Volk muß das Sagen nach materiellen Genüssen aufgeben, es muß auch in der Not der Zeit lernen, mit etwas weniger auszukommen, als die letzten Jahre gebracht haben.“!!

Das war die Art, wie das Zentrum seine sozialpolitische Tätigkeit begann!

Erst als, wie der Zentrumsabgeordnete Reichensperger sagte, „Hannibal vor den Toren“ stand, als die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiterschaft mehr und mehr an sich riß, als dadurch angeregt, auch die christlichen Arbeiter lebendig und mit ihrer politischen Führung unzufrieden wurden, da kam das Zentrum zur Erkenntnis, daß es für seine Wähler etwas tun müsse, wenn sie nicht von ihm abwenden sollten.

die Erfahrung, hatte sie den Vertrauten gebeten, die wichtige Arbeit um diese Zeit vorzunehmen, weil dann die Neugierde Günthers nicht zu befürchten war.

In diesem Abend hatte sie es so eingerichtet, daß Eda und Gertrud ins Opernhaus führen und diesmal von Gertrud begleitet wurden. Mit Günther mußte etwas vorgegangen sein, denn vorgestern war er schon um zehn Uhr nach Hause gekommen, was alle in Erstaunen gesetzt hatte, und gestern war er gar nicht fortgegangen, was Gertrud zu der Bemerkung Veranlassung gab, der gute Bruder sei wohl einem Mäßigkeitsverein beigetreten. So nahm Ernestine mit Bestimmtheit an, er werde heute umso sicherer alles nachholen.

Frobel junior dachte aber nicht daran. Als er sah, daß die Mutter sich wirklich seiner Belagerung fügte, wunderte er sich, daß sie Emmerichs Wunsch noch immer nicht erfüllt hatte, und so reimte er sich zusammen, daß sie gerade diesen Abend dazu aussersehen habe, die Angelegenheit persönlich mit ihm zu ordnen; denn Gerold, der sich nichts dabei dachte, hatte beiläufig die Bemerkung fallen lassen, daß er seine Überstunden an diesem Abend ausfallen lassen werde.

Weshalb kam ihm seine Mutter heute wiederholt mit der Frage, ob er zu Hause essen werde, und dann mit der Mitteilung, daß sie heute länger am Schreibtisch sitzen werde, da sie noch notwendig mit Ahlemann zu besprechen habe? Er merkte ihr die Unruhe an, und so sagte er sich, daß sie ihn durchaus fort haben wolle. Und seine Vermutung wurde noch bestätigt, als er vorsichtig beim Geschäftsführer antippte und erfuhr, daß dieser es gerade heute eilig mit dem pünktlichen Gehen hatte.

Pünktlich sieben Uhr drehte Frobel junior sein Licht aus und ging in die Wohnung, kehrte aber schon nach zehn Minuten mit Gut und Waleot an sein Pult zurück, gerade, als Gerold sich auf den Nachhauseweg machte.

„Nun, hast du was vergessen?“ fragte Frau Frobel in der geöffneten Tür.

Günther spielte den Harmlosen. Er habe noch rasch ein paar Zeilen an einen Freund zu schreiben, werde dann aber gleich durch das Kontor hinausgehen. Und er rief ihr nochmals „Guten Abend“ zu, was sie besonders in Sicherheit wiegte.

Als sie nach zehn Minuten abermals den Kopf hinstreckte, war das Zimmer leer. Wie gewöhnlich brannte nur die Flamme über Gerolds Pult, und als Frau Frobel um die Blatte, konnte sie nichts entdecken, was ihr zu Befürchtungen hätte Veranlassung geben können. Sie durchschritt das große Kontor, ließ, daß auch hier alles gegangen war, und ersuchte Schütz, den alten Boten, das Licht nicht auszu-drehen, da man noch aus dem Musterraal herauskommen

Und dieses Zentrum, das auch bis auf den heutigen Tag, eine zweischneidige Politik getrieben hat, dies Zentrum wagt es, der einzigen und wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, das vorzumwerfen, was jeder wirkliche Arbeitervertreter 1881 und die darauf folgenden Jahre tun mußte, Mißtrauen und Barbschneidung, und nicht nur das, auch schärfste Bekämpfung einer sozialistengesetzfreundlichen Regierung, die zugleich auch sogenannten Arbeiterschutz propagiert, entgegen zu bringen!

## Der russische Raubzug gegen Persien.

Früher als man es hätte erwarten können ist auf die Erklärung des Verwesers des Ministeriums des Auswärtigen, Staatsrat Neratom, die die russischen Absichten in Persien klar legte, der räuberische Überfall auf Nordpersien gefolgt. Der russische Gesandte in Teheran hat der Regierung ein Ultimatum überreicht, der persische Regent und die Minister haben abgedankt, und während eine neue Regierung gebildet wird, rücken die russischen Truppen, die schon längst in Transkaukasien auf der Lauer gestanden, in Persien ein. Das Reutersche Telegramm, welches von den russischen Truppenverbänden Mitteilung macht, spricht davon, daß die russische Regierung ein Bataillon nach Tabriz senden werde, um die dortigen Truppen auf die Stärke zu bringen, die sie vor einigen Monaten gehabt hatten. Nun steht aber diese Truppenverstärkung, wie auch die Entsendung von russischen Kosaken-Abteilungen nach Astrabad und anderen Orten, mit dem plötzlich ausgebrochenen russisch-persischen Konflikt in keinem Zusammenhang, denn schon vor Ausbruch des Konfliktes, der der russischen Regierung den erwünschten Anlaß zu einem Ultimatum gegeben, hat der russische Verweser des Ministeriums des Auswärtigen in der „Nowoje Wremja“ klipp und klar von diesen Truppenverstärkungen gesprochen. Diese Tatsache wirkt ein bezeichnendes Licht auf den ganzen Konflikt, der nun zu einer Okkupation Nordpersiens durch die Russen zu führen droht. Der amerikanische Finanzbeirat der persischen Regierung, Morgan Shuster, hat noch dieser Tage in der „Times“ klar gelegt, wie die russische Regierung durch Proklamierung eines besonderen „Schutzrechtes“ nicht nur über alle russischen Untertanen, sondern auch über persische Reaktionen und Vertreter sich Hoheitsrechte in Persien angeeignet hat. Dieses Vorgehen der Zarenregierung hat den jüngsten Konflikt zwischen dem russischen Generalkonsul und der Teheraner Regierung herausbeischworen. Morgan Shuster hatte die Beschlagnahme des Hauses und des Landgutes des Bringen Schua es Saltaneh, eines Bruders des früheren Schahs, der sich des Landesverrates schuldig gemacht hatte, verfügt. Dem widersetzte sich aber der russische Generalkonsul, der, um angebliche russische Interessen zu schützen, die Befehle des persischen Landesverträtters besetzt hatte. Es kam nun zu einem Konflikt zwischen den Gendarmen und den Beamten des russischen Konsulats, das die persische Regierung veranlaßte, um die Abberufung dieser Beamten nachzudenken. Nach der russischen offiziellen Erklärung sollen die russischen Konsulatsbeamten von den persischen Gendarmen bedroht und beleidigt worden sein. In Wirklichkeit ist aber das gerade Gegenteil der Fall gewesen. Der Vertreter des russischen Generalkonsulats Petrow erschien mit einem Trupp Kosaken un-

würde. Er könne gehen; sie werde heute selbst schließen und die Schlüssel dem Hauswart senden.

Dann ging sie zurück, um Emmerich zu benachrichtigen, daß er kommen könne. Sie hatte keine Furcht, denn sollte er noch die Verwegenheit haben, in dieser Abschiedsstunde seine Zudringlichkeit zu zeigen, so brauchte sie nur nach Frau Doktor oder nach dem Diener zu klingeln. Die Doppelte hatte sie offen gelassen, die sie auch dann nicht schloß, a sie mehr, dort zu können, wo nun alles st und öde lag. Sie hier auch hören, nachdem mußte, daß kein Menschenleben außer ihnen beiden vorhanden war.

Gleich nach acht trat er zu ihr herein. „Sie haben befohlen, Verehrte, und ich bin da.“ I grüßte er sie mit einer Verbeugung, legte dann Palet Zylinderhut und den Schirm mit silbernem Griff ab u rieb sich danach die Hände, was er manchmal tat, um i Wohlbehagen anzudeuten.

Frau Frobel wunderte sich, daß er seine Gardere gleich mitgebracht hatte und fragte ihn daher, ob de unten schon alles dunkel sei.

Emmerich nickte mit Vergnügen. „Aber natürlich de Ich dachte, Sie könnten mich noch zum Abendbrot einlad Es wäre doch schön, wenn wir meine Abreise würdig fe ten. Was?“ Er sah nicht mehr so blaß aus, was da kam, daß er unten noch rasch zwei Glas Portwein getrun hatte, um sich in die nötige Stimmung zu versetzen.

Frau Frobel überhörte den Spott, sagte aber I lich: „Vedder wirds nicht gehen. Denn mein Günther ist zu Hause, und wie Sie nun einmal mit stehen.“

„Unser Sohn, meine Beste, unser Sohn.“ „Haben Sie schon wieder diese Wahnideen.“ „Ich bin so frei, meine hohe Gönnerin.“

„Um einen Sohn zu besitzen, muß man doch auch Vater anerkannt sein.“ sagte Frau Frobel geduldig, wei es müde war, sich über diesen Punkt noch aufzuregen. „W Sie nicht Blah nehmen.“

Emmerich lachte ärgerlich. „Liegt das an mir? Da nicht alles getan, um die natürlichen Instinkte in ihm u wecken? Dieser Unabtbare.“

„Gott sei Dank.“ „Aber phantasierer Sie nicht nüs, die Zeit vergeht.“ „Der schöne Dedo aber fuhr in seiner Selbstbeispiele fort: „Wenn er es nur wüßte — Sie sollten sehen, wie er sich fühlte, ganz ohne Frage. Sein Künstlerblut ist verkennbar, es gärt und brodet.“ (Fortsetzung folgt)

## Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreyer.

(44. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Herr Käsemann stieß ein helles Lachen aus. „Ach Sie mit der verfloffene Stimme.“

„Hinaus, hinaus!“ „Erregte Tritte gingen; dann kam nochmals ein niederträchtiges Lachen, dem das Einfallen der Türklingel folgte.“

„So ein elender Wicht, so ein Schmaroger,“ sprach der schöne Dedo vor sich hin, näherte sich dann mit großen Schritten der Türe des Kontors und sprach hinein: „Gehn Sie zu Frobel junior hinaus und sagen Sie ihm, daß es sich um einen Irrtum gehandelt habe. Der Mann sei in ein falsches Haus gegangen.“

Als der Lehrling ahnungslos die Treppe hinaufging, stieß er auf Günther, der so tat, als wollte er gerade hinuntergehen.

„Es ist gut,“ sagte Frobel junior kurz und machte kehrt, aber er sah blaß aus; und als er auf sein Pult zuschritt, älterten ihm die Beine. Und weil er nicht fähig war, seine Feder zu führen, so ging er zu seiner Mutter hinein und sagte mit bebender Stimme: „Ich war vorhin ungezogen zu dir, Mama, verzeih mir also. Natürlich gehe ich heute Abend mit . . . selbstverständlich. Das wollte ich dir nur sagen.“

Und als er sie, von ihrem langen Blick begleitet, wie tiefstimmig verlieb, erfaßte ihn Ekel vor der Menschheit, zugleich aber auch die Sehnsucht nach einem reinen Mädchenblick, der ihn aus diesem Schmutz wieder herauszöge, einem anderen Dasein zu . . .

XVI.

Drei Tage später war der Zustand mit Emmerich unhaltbar geworden. Den ganzen Vormittag hatte er Frau Frobel durch das Telephon mit der Frage belästigt, wann sie endlich für ihn zu sprechen sei: er fühlte sich unfähig, seinen Posten noch länger auszufüllen, er müsse fort, er müsse fort.

So wollte sie ihn denn am Abend, wenn im Kontor alles still war, zu sich heraufbitten, denn das Musterlager schloß man erst um acht, während die Herren hier oben spätestens ein Viertel nach sieben gingen. Nur der alte Gerold gab seit etwa einer Woche ein Stündchen zu, weil er Ernestinens Geheimkonto wieder vor sich hatte. Gewigt geworden durch



verhinderte die angeordnete Beschlagnahme des Hauses von Schua es Sallaneh. Am folgenden Tage wiederholte sich daselbe bei der Beschlagnahme des Landgutes des Prinzen, wobei die persischen Gendarmen vom Dragoman Petrov entwaffnet und nach dem russischen Konsulat in Teheran geschickt wurden.

Es ist vollkommen begreiflich, daß die persische Regierung das unverkündete Verlangen des Gesandten nach Genehmigung verweigerte und eine gemeinsame Untersuchung des Zwischenfalls forderte. Daß die russische Regierung auf diese minimale Forderung nicht eingegangen ist und statt dessen ein Ultimatum gestellt hat, beweist am deutlichsten, daß sie nur nach einem Vorwande gesucht hat, um ihre Truppen in Persien einmarschieren zu lassen. Die russische Regierungspresse ist über dieses Vorgehen natürlich hoch erfreut. Die „Nowoje Wremja“ verlangt, daß die russisch-persischen Beziehungen doch endlich mit der „Spitze des Schwertes“ durchgehauen werden sollen, und sämtliche Blätter der „patriotischen“ Parteien heizen mit Feuereifer zu einem Kriege gegen Persien.

### Genossenschaftsbewegung.

**Konsumverein und Milchversorgung.** Die Milchverteilung hat jetzt vielfach wieder die Aufmerksamkeit auf die Milchlieferung durch Konsumvereine gelenkt. Daher ist ein Vortrag über dieses Thema vom Geschäftsführer Schulte (Essen) von besonderem Interesse. Nach der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ führte der Redner u. a. aus:

Vor zehn und mehr Jahren waren die Milchproduzenten, die die Großstädte umfassen, noch in der Lage, den Bedarf zu decken. Der Milchhändler oder ein Konsortium von Landwirten, die eine Fuhr unterhielten, standen unmittelbar mit den Konsumenten in Verbindung. Die gewonnene Milch wurde per Achse zur Stadt und an die Rundschaft gebracht. Mit dem rapiden Anwachsen der Großstädte und trotz der Produktionssteigerungen konnte aus der unmittelbaren Umgebung von den gleichen Produzenten der Bedarf nicht mehr gedeckt werden. Der Kreis mußte immer weiter gezogen werden, so daß die Milch heute aus Entfernungen bis zu 100 Kilometer mit der Bahn heranzuholen ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Milch auf diesem Transport großen Gefahren ausgesetzt ist. Da es an zweckdienlichen Einrichtungen fehlte, konnte die Milch nicht wirksam gegen die drohende Gefahr des Sauerwerdens usw. geschützt werden. Das haben die Milchhändler, und es kann ruhig anerkannt werden, speziell die Essener, sehr bald eingesehen und sind deshalb dazu übergegangen, eine Milchhändlergenossenschaft zu gründen, die den Zweck hat, in geeigneten Produktionsgebieten Sammel- und Kühlstationen zu bauen, in denen die Milch so vorbereitet wird, daß sie den weiten Bahntransport ohne Schaden vertragen kann. Dabei kommt eine qualitativ bessere Milch an die Konsumenten als bei der früheren direkten Lieferung ab Stall, weil durch den Lägerungsprozeß, dem die Milch unterworfen wird, der Stallschmutz daraus entfernt wird und die Säurebazillen abgetötet werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß dabei höhere Kosten entstehen als bei dem früheren direkten Vertriebssystem, so daß ein Mehrpreis von 1 bis 2 Pfg. für das Liter auf alle Fälle gerechtfertigt erscheint. Hierbei ist jedoch ganz besonders zu betonen, daß noch sehr große Mengen ungereinigter Milch, also erheblich minderwertige Milch, in den Handel kommen, wodurch die bedauerlich starke Kindersterblichkeit sicherlich beträchtlich begünstigt wird. Es ist zweifellos Aufgabe der Konsumvereine, im

Konsumenteninteresse alles mögliche auch dann noch zu tun, wenn Vorteile nur durch Übernahme zeitweiliger Verluste erreicht werden können. Doch darf uns bei allem unserm Tun nicht das Gefühl oder der momentane Ärger und Unwille leiten, sondern es muß der Verstand den Ausschlag geben. Wir haben nicht in letzter Linie als Geschäftslente, im Sinne des Gesetzes zu handeln und nicht einer jeweilig vorherrschenden Stimmung Vorschub zu leisten. Eines zielt sich nicht für alle! Daß vereinst mal die Zeit kommen wird, der Genossenschaftsbewegung auch die schwierigsten Probleme zur Lösung zu übertragen, davon bin ich überzeugt. Doch soweit sind wir noch nicht. Wenn erst einmal alle unsere Mitglieder neben der materiellen auch die ideale Seite der Genossenschaftsbewegung besser werden anerkannt haben, dann erst ist die Zeit gekommen, um mit mehr Mut und Begeisterung auch an die Lösung der schwierigsten Probleme herantreten zu können. Um Ihnen einmal die „genossenschaftliche Treue“ zu illustrieren, will ich Ihnen kurz die Geschichte des Milchvertriebs im Konsumverein „Eintracht“ in Essen schildern.

Im Jahre 1906 bestand die gleiche Situation wie heute. Der Milchpreis sollte von 18 auf 20 Pfg. erhöht werden. Es wurde ein Milchkrieg proklamiert und als Ketter in der Not gegen die Erhöhung die Genossenschaft in den Vordergrund gedrängt.

Die damalige Verwaltung, in der die Frage der Einführung des Milchvertriebs Gegenstand der Erörterung und Beschlussfassung war, entschloß sich, den bedeutungsvollen Schritt zu wagen, ohne jedoch die gewaltigen, unüberschaubaren Schwierigkeiten vollauf würdigen zu können.

Unser Meinung, in den kälteren Wintermonaten mit saurer Milch nicht rechnen zu brauchen, war irrig. Verleitet durch verhältnismäßig billige Einkaufspreise, hatten wir zuviel Lieferungsverträge mit Landwirten abgeschlossen, so daß wir des täglich angelieferten Milchquantums nicht Herr werden konnten. Die Unterstützung der Mitglieder war nicht in erhofftem Maße vorhanden, so daß die Verarbeitung der überschüssigen Milch uns viel Sorge bereitete. Unser Appell an die Mitglieder, in dieser kritischen Zeit die genossenschaftliche Treue zu betätigen, hatte nicht den nötigen Erfolg.

In verkleinertem Maßstabe wurde der Betrieb aufrecht erhalten und die Zeit dazu benutzt, eine vollständige Reorganisation des Molkereibetriebes herbeizuführen. Der Verein war inzwischen immer größer und leistungsfähiger geworden, so daß wir auf Grund der gesammelten Erfahrungen annehmen durften, wenn das Milchgeschäft auf eine andere Basis gestellt würde, doch noch im Interesse unserer Mitglieder etwas Erprobliches leisten zu können. Wir kauften im Produktionsgebiet eine Molkerei. Unter der Leitung eines tüchtigen Fachmanns entspricht dieser Betriebszweig nun endlich unseren Erwartungen. Aber saure Milch hatten wir nun nicht ein einziges Mal mehr Klage zu führen. Trotzdem ist jedoch nicht zu ermöglichen gewesen, den Mitgliedern die Milch noch billiger als bisher — 1 Pfg. unter dem allgemeinen Ortspreise — liefern zu können. Zweifellos ist jedoch der moralische Erfolg. Es wird allseits uneingeschränkt anerkannt, daß die von unserer Genossenschaft gelieferte Milch qualitativ an erster Stelle steht.

Nachdem der Redner eingehend unter Verwendung reichlichen Zahlenmaterials das Milchgeschäft des Essener Vereins geschildert hatte, fuhr er fort:

Sie haben aus meinen Nachweisen ersehen, daß wir zwar eine qualitativ einwandfreie Milch liefern konnten, jedoch nur die Hälfte der üblichen Rückvergütung zu gewahren in der Lage waren. Nun ist dies ja zweifellos ein Erfolg, ganz besonders im Hinblick auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die wir in einer die Arbeiter befriedigenden Weise geregelt haben. Das große Publikum ist jedoch, verursacht durch die stets in Wort und Schrift wiederkehrenden Be-

hauptungen, zu der Meinung erzogen, die Genossenschaften könnten Wunder wirken. Diesem Irrtum müssen wir entgegenhalten, daß unsere vornehmste Aufgabe darin besteht, eine qualitativ einwandfreie Milch zu liefern, die auf Grund des durchzumachenden Lägerungsprozesses, der rund 1 1/2 Pfg. kostet, den Milchpreis nach oben beeinflussen muß, und daß der hierdurch entstehende Mehrwert der Milch nicht in einem billigeren, sondern im günstigsten Falle gleichen Preise, wie er von privater Seite gefordert wird, zum Ausdruck kommt. Daß nach solcher Aufklärung der Konsumenten das Mirmische Drängen nach Einführung des Milchgeschäftes noch vorhanden ist, daran glaube ich nicht.

Es gibt nun noch eine andere Möglichkeit, den Milchpreis nach unten zu regulieren, wenn im Einkaufe derselben noch etwas erzielt werden könnte. Doch das ist durchaus nicht unsere Absicht. Wir stehen gar nicht an, immer und immer wieder zu erklären, daß wir, entgegen den Behauptungen der privaten Händler, wir beabsichtigten bei den Landwirten die Preise zu drücken, bereit sind, durch die Tatsachen zu jeder Zeit das Gegenteil zu beweisen. Ein Versuch nach dieser Seite wäre auch vollständig aussichtslos. Weil nun die Milchfrage die Genossenschaften schon seit Jahren beschäftigt und bei diesen auch wohl nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden wird, ist es notwendig zu sagen, daß die Genossenschaften im einzelnen auf keinen Fall etwas unternehmen sollten, sondern es müßte in der berechtigten Annahme, daß die Zahl der organisierten Konsumenten in den nächsten Jahren um Hunderttausende zunimmt, in der großzügigsten Weise dazu Stellung genommen werden. Es wäre zu überlegen, ob nicht die Verbandsgenossenschaften eine besondere Milchverwertungs-Genossenschaft anstreben sollen, an der neben den Genossenschaften auch die Landwirte in irgendeiner Weise interessiert sein müßten. Doch der Weg zu diesem Ziel ist mit Dornen und Disteln behaftet. Es bedarf reiflicher Überlegung, denn ist einmal der erste Schritt getan, läßt sich der zweite nicht vermeiden.

### Handels- und Marktnachrichten.

#### Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 17. November.

1. Qualität . . . . .	144—146 Mt.
2. . . . .	132—140 "
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt . . . . .	132—137 "
do. II. do. . . . .	125—133 "

#### Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Novbr.

Auftrieb 2041 Schweine. Handel langsam. Abverkauf — Stück.  
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59,— bis 59,50 (47,00 bis 47,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 57,— bis 58,— (45,50 bis 46,50) Mt. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 57,00 bis 58,00 (44,50 bis 45,— Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 56,50 bis 57,50 (44,00 bis 45,00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 54,00 (38,00 bis 41,00) Mt. Sauen, I. Qualität, Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 48,— bis 50,00 (37,50 bis 39,00) Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

MARGARINE

EINMALIGER BEWERT

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen